

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Klaus Tenfelde

1914 bis 1990 – Einheit der Epoche

Heinrich August Winkler

Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage
in Deutschland seit 1945

Hermann Weber

Aufstieg und Niedergang
des deutschen Kommunismus

B 40/91

27. September 1991

Klaus Tenfelde, Dr. phil., geb. 1944; Professor für Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn 1981²; Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945, München 1981; (gemeinsam mit Gerhard A. Ritter) Arbeiter im Deutschen Kaiserreich, Berlin 1991; (Hrsg.) Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991.

Heinrich August Winkler, Dr. phil., geb. 1938; 1972–1991 o. Prof. für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg; ab Oktober 1991 Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat, Tübingen 1964; Mittelstand, Demokratie und Nationalismus, Köln 1972; Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen 1978; Liberalismus und Antiliberalismus, Göttingen 1979; (Hrsg.) Nationalismus, Königstein 1985²; Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1933, 3. Bde., Berlin 1985–1990².

Hermann Weber, Dr. phil., geb. 1928; Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, Leiter des Arbeitsbereichs DDR-Geschichte am Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung.

Veröffentlichungen u. a.: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969; Geschichte der DDR, München 1985; Die DDR 1945–1986, München 1988; (Hrsg. mit Martin Broszat) SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte 1945–1949, München 1990; Aufbau und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR, Köln 1991; DDR, Grundriß der Geschichte 1945–1990, Hannover 1991.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

1914 bis 1990 – Einheit der Epoche

I. Neue Perspektiven

Blicke man, so Hans-Ulrich Wehler in einem Aufsatz über das deutsche Bildungsbürgertum, „aus der Vogelperspektive auf die okzidentalischen Gesellschaften“, so rückten „ihre Modernisierungspfade weitaus enger zusammen, als das die auf nationalhistorische Eigenarten fixierte Geschichtsschreibung des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wahrgenommen hat“¹). Manche wetzen bei solchen Sätzen die Messer. Den einen sind okzidentalische Gesellschaften suspekt, anderen die Modernisierung und deren teleologische Verdämmerung, und manchen fehlt darin der Alltag. Wieder anderen markieren solche Sätze – selbst wenn, wie hier, die Annahme vom deutschen Sonderweg mehrfach gewendet und im Für und Wider geprüft wird – „lähmende Orthodoxie“ schlimmster, das heißt: Bielefelder Provenienz²).

Die Jahre 1989/90 haben eine neue Chance zur Vogelperspektive vermittelt, haben diese Chance manchem gar aufgenötigt. Geschichte fing neu an. Der Blick zurück sieht andere Konturen, Grundzüge, Erklärungen. Einiges läßt sich durch Akzentuierung anpassen, vieles stimmt weiterhin, wichtiges ist neu zu sehen. Die Sonderwegsdebatte und der Historikerstreit, so manche Schlacht um die Ursachen des Ersten Weltkriegs, um die vergeblichen Chancen der Deutschen Revolution 1918/19, den Untergang von Weimar und den Aufstieg des Nationalsozialismus, um Faschismus und Totalitarismus, Restauration oder Neubeginn – all dies erscheint in neuem Licht. Wilhelminischer Spätkonstitutionalismus und Weimarer Republik, nationalsozialistischer Terror, DDR-Sozialismus und westliche Demokratie – diese Möglichkeiten deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert rücken, aus der Vogelperspektive, enger aneinander, und eine

alte Debatte um die grundlegenden Prozesse europäischer Geschichte, um Zwangsläufigkeit und Wechselbezug von Industrialisierung, Modernisierung und Demokratisierung, lebt notwendig wieder auf. Denn der Sieg der westlichen, der bürgerlich-repräsentativen Demokratie hätte vollständiger kaum sein können. Die Jahre 1989/90 haben, so scheint es, die Modernisierungspfade der westlichen Industrienationen wieder näher aneinander rücken lassen und, darüber hinaus, den Osten Europas in den Sog dieser Modernisierung genommen.

Im Licht dieser jüngsten Entwicklungen sollte – beispielsweise – die Sonderwegsthese modifiziert werden. Nicht so sehr die Entstehung der zentral-europäischen Sonderstrukturen und Besonderheiten, sondern deren Abschleifung war das eigentlich Wichtige. Freilich wird man die Korrektur der Sonderwegsthese nicht recht ohne deren Entstehung deuten können. Festzustellen ist aber, daß die Welt ein Dreivierteljahrhundert – gut zwei Generationen – zur demokratischen Befriedung der unruhigen Deutschen in der Mitte Europas benötigte, zunächst im heißen und dann auch, in anderer Weise, im Kalten Krieg. Das wäre vielleicht besser zu verkraften gewesen, hätte sich diese weltpolitische Konfliktlage nicht mit der anderen, noch umfassenderen verwoben – der Auseinandersetzung zwischen der bürgerlichen und der radikalproletarischen Utopie bis hin zur Niederlage der letzteren. Man könnte einwenden, beides sei noch nicht ausgemacht; weder sei der Kommunismus völlig am Ende – allemal werde er Erbschaften hinterlassen –, noch sei den Deutschen endlich zu vertrauen. Aber die Entwicklungen haben doch die Möglichkeit solchen Denkens offengelegt.

II. Zäsuren im 20. Jahrhundert

Feste, überaus einschneidende Zäsuren haben sich in die rückblickende Wahrnehmung dieser 75 Jahre deutscher Geschichte eingegraben: der Kriegsausbruch 1914 und die Revolution, die sogenannte

Machtergreifung, der Weltkrieg seit 1939, der Neubeginn und das Jahr 1949 als formaler Anfang

In gekürzter Form erscheint dieser Essay auch in der Festschrift für Hans-Ulrich Wehler zum 60. Geburtstag: Manfred Heitling u. a. (Hrsg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte?, München 1991.

¹) H.-U. Wehler, Deutsches Bildungsbürgertum in vergleichender Perspektive – Elemente eines „Sonderwegs“, in: J. Kocka (Hrsg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil IV: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation, Stuttgart 1989, S. 215–237 (215).

²) Vgl. die Rezension von G. Seibt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 6. 4. 1990, S. 37.

deutscher Zweistaatlichkeit. Gewiß ist immer wieder über Kontinuitäten diskutiert worden. Man hat die Unfähigkeit der Revolutionäre von 1918 zur Überwindung des alten Geistes in Heer, Bürokratie und Justiz beklagt und eine Reihe von schwer lastenden Hypothesen der Weimarer Demokratie dieser Geburtsschwäche der Republik zugeschrieben. Sozialgeschichtliche Forschung über die strukturellen Voraussetzungen und Erscheinungsformen von Gesellschaft in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik hat demgegenüber in den letzten Jahren, stärker als bisher, die übergreifende Einheit der Jahre 1914 bis 1923 unter dem Eindruck von Inflation, Mangelwirtschaft und Zerrüttung der bürgerlichen Ordnung erarbeitet³⁾.

Ob Kontinuität oder Neubeginn, „Stunde Null“ nach 1945 – daran knüpfte sich eine bis heute anhaltende Debatte, in deren Verlauf nunmehr, ebenfalls unter eher sozialgeschichtlicher Interpretation, neue Eckdaten, beispielsweise Stalingrad und die Währungsreform, in den Blick genommen wurden⁴⁾. Auch die bisher weitgehend akzeptierte innere Periodisierung der Weimarer Republik, die Unterscheidung der Revolutions- und Inflationsphase von einer Stabilisierungsphase und der Zeit der Weltwirtschaftskrise, erwies sich bei näherer wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Betrachtung als so nicht haltbar, waren doch auch die kurzen Stabilisierungsjahre von einer vergleichsweise hohen Sockelarbeitslosigkeit gekennzeichnet, zu schweigen von den generellen wirtschaftlichen Belastungen der Zeit⁵⁾.

Die „harten“ politischen Fakten des 20. Jahrhunderts haben diese Debatten immer wieder begrenzt. Niemand kann umhin, den Weltkriegen die Wirkung tiefer wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtlicher Zäsuren zuzusprechen; Revolution und Machtergreifung, Besatzungszeit und Neubeginn sind ähnlich feste Daten. Für einige Offenheit hat allenfalls die wirtschafts- und sozialgeschichtli-

che Auseinandersetzung gesorgt, aber auch hier scheinen die Begriffe noch nicht gefunden, auch, weil sich die Debatte über viele Jahre mit theoretischen Auseinandersetzungen um Imperialismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus vermengte. Die Uneinheitlichkeit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zwischen dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und der Währungsreform von 1948 macht es so schwer, gleichmäßig fließende Ströme der Entwicklung zu bezeichnen. Während die Epochenbegriffe für das 19. und frühe 20. Jahrhundert – mag in Details auch gestritten werden – einigermaßen festgefügt erscheinen, mangelt es den Epochenbegriffen des 20. Jahrhunderts an Strukturqualität.

In einem „Gedankenspiel“ hat sich Arnulf Baring kürzlich in das Jahr 2010 begeben und aus den Geschichtsbüchern jener Zukunft auf die Vergangenheit des 20. Jahrhunderts zurückgeblickt⁶⁾. Aus den „unheilvollen Konstellationen, wie sie unsere katastrophalen Niederlagen 1918 und erst recht 1945 herbeigeführt haben“, habe „die vertrauensvolle westliche Einbettung“ das Land zu neuem Aufstieg und schließlich zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten geführt, trotz der Sprachlosigkeit der Intellektuellen. Jetzt, im Jahre 2010, falle „eindrucksvoll die Kontinuität von Staat und Gesellschaft ins Auge“; das Völkerrecht begründe diese Kontinuität; in dessen Sicht sei die DDR nichts als eine „vorübergehende Sezession“, der Bonner Staat hingegen „rechtlich das Reich“ gewesen. Welches Reich? Der Bismarckstaat, „tiefgreifend verwestlicht“ durch Adenauer, aber doch, und trotz der Gebietseinbußen, nach der „Gesamtverfassung“ in den Fundamenten von 1871 ruhend.

Gegen die so gedachte Renaissance des Nationalstaats ist es derzeit schwer, Argumente zu finden, zumal sich die „Westbindung“ darin zum Mythos auswächst. Viel problematischer erscheint aber die Hochschätzung des Bismarckstaates und die souveräne Mißachtung von Forschungspositionen, die seit drei Jahrzehnten als Gemeinplätze gelten: Die Problematik der Bismarckschen Reichsverfassung und die mißlungene „innere Reichsgründung“, die Ausgrenzung der „Reichsfeinde“, die mangelnde Reformfähigkeit des Reichs und die hohle Überlebenskraft seiner überkommenen Eliten, die Rolle „sekundärer“ Herrschaftstechniken infolge mangelnder demokratischer Legitimation, all dies so sehr traditionsbelastet wie dem raschesten sozialen Wandel unterworfen – nein, das Bismarckreich kann, sieht man von der Vollendung des Nationalstaates ab, kaum als Ausgangspunkt einer doch positiven Identität, als Beginn einer in die Gegen-

³⁾ So insbesondere durch die verschiedenen Forschungsprojekte zur Geschichte der Inflation; vgl. u. a. G. D. Feldman, *The Historian and the German Inflation*, in: N. Schmukler/E. Marxus (Eds.), *Inflation Through the Ages: Economic, Social, Psychological and Historical Aspects*, New York 1983, S. 386–399.

⁴⁾ Vgl. M. Broszat u. a. (Hrsg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988; vgl. dazu auch die Kritik H. A. Winklers, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 16(1990), S. 403ff.; für einen Aspekt dieser Kontinuitätsdebatte s. mit der weiteren Literatur Chr. Kleßmann, „Das Haus wurde gebaut aus Steinen, die vorhanden waren“. Zur kulturgeschichtlichen Kontinuitätsdiskussion nach 1945, in: *Tel Aviver Jb. f. dt. Geschichte*, 19/1990, S. 159–177.

⁵⁾ Vgl. K. Borchardt, *Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre*, in: ders., *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik*, Göttingen 1982, S. 165–205.

⁶⁾ „In Bismarcks Grenzen“, in: *FAZ* vom 9. 11. 1990, S. 33.

wart reichenden Kontinuität gelten. Aber Baring hat eben auch recht, indem er nach einer Kontinui-

tät sucht, die über die Zerklüftungen deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert hinausreicht.

III. Die NS-Diktatur und die Kontinuität deutscher Geschichte

Einer solchen Suche nach Kontinuität stemmt sich die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur sperrig entgegen. Das liegt nicht so sehr an dem Umstand, daß ein totalitäres Regime Freiheit und Demokratie niederwalzte und der beginnenden „Verwestlichung“ Deutschlands Einhalt gebot. Man könnte viele Beispiele für, wenn man so will, „Entwicklungsdiktaturen“ beibringen, für Herrschaftsformen mithin, die gleichermaßen aus spezifischen Traditionen, aus Hypothesen, Krisen und kollektivem Fehlverhalten erklärbar sind und die spezifische Entwicklungsfunktionen in Zeiten starken Wandels wahrnehmen. Es liegt zuerst und vor allem an der gleichzeitigen Realität und Undenkbarkeit der nationalsozialistischen Verbrechen, an deren Unvergleichbarkeit, an der Präzision ihres Vollzugs, an der grotesken Unmenschlichkeit des Völkermords. Und es liegt daran, daß sich, genauer besehen, auch hier Deutungen finden lassen, daß es Kontinuitäten deutscher Geschichte gibt, die – erwähnt seien Antisemitismus und Euthanasie – auf die „Endlösung“ vorausweisen.

So wenig, wie heute die Auslösung des Historikerstreits über eine „Historisierung“ des Nationalsozialismus zufällig erscheint, so wenig fruchtbar erscheint der Ausgangspunkt der Debatte⁷⁾. Abstrus war es, lernen zu müssen, daß manche Menschen annehmen, der Nationalsozialismus sei eine Reaktion auf den Bolschewismus und die Verbrechen des ersteren seien eine Nachbildung, sozusagen eine verständlich werdende Reaktion – oder was immer sonst – auf die Verbrechen des letzteren gewesen. Gegen solche Relativierung sträubt sich das Denken. Selbst der umfassenderen These vom „europäischen Bürgerkrieg“ im 20. Jahrhundert ist

letztlich eine starke Tendenz zur Exkulpation der Deutschen eigen. Solcher Widerspruch entbindet jedoch keineswegs von der selbstverständlichen Notwendigkeit, die nationalsozialistische Diktatur in Ursachen und Folgen historisch einzubinden, zu historisieren, ohne die in Art und Ausmaß der Verbrechen und in deren spezifischen Bezügen – „Auschwitz ist ein Niemandsland des Verstehens, ein schwarzer Kasten des Erklärens“⁸⁾ – begründete Einzigartigkeit dieser Diktatur aus dem Auge zu lassen.

Der Nationalsozialismus gewinnt „Sinn“ aus der Frage nach den Möglichkeiten deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert. Die Zeit der Diktatur war Konsequenz von erklärbaren Fehlentwicklungen auf dem deutschen Weg zu einem Mitglied der demokratischen Völkergemeinschaft. Das Argument der Katharsis ist alt, aber es läßt sich vielfältig begründen. Man müßte den ganzen Reichtum der jüngeren Forschung heranziehen: jene über die Desavouierung der Steigbügelhalter-Eliten, über die „Kragenlinie“ zwischen Arbeitern und Angestellten und über sozialpolitische Entwicklungen in der NS-Zeit, über die Arbeiterbewegung und den Widerstand, über die Folgen von Terror und Völkermord in der Wahrnehmung nach 1945 und über vieles andere. Die Auseinandersetzung über die „modernisierende“ Bedeutung des Nationalsozialismus für die deutsche Gesellschaft ist noch nicht beendet⁹⁾, und allemal waren die „Kosten“ der zwölfjährigen Diktatur unbeschreiblich viel höher als der relative und sehr langfristige „Nutzen“, der nur vor dem Hintergrund einer hypothetischen Evolution der Weimarer Demokratie meßbar würde.

IV. Wechselbäder politischer Sozialisation

Aber Weimar bekam keine echte Chance. Man muß das Argument einer nur etwa vierjährigen Stabilisierungsphase, in der sozusagen normale

politische Verhältnisse herrschten, historisch vertiefen, um seine ganze Tragweite zu verstehen. Man muß nach der gesellschaftlichen und demo-

⁷⁾ Vgl. u. a. H.-U. Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“*, München 1988; zuletzt: U. Backes u. a. (Hrsg.), *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M.-Berlin 1990; W. H. Pehle (Hrsg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen*, Frankfurt/M. 1990; ferner besonders D. Diner (Hrsg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt/M. 1987; K. Oester-

le/S. Schiele (Hrsg.), *Historikerstreit und politische Bildung*, Stuttgart 1989; im übrigen: E. Nolte, *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*, Berlin 1987.

⁸⁾ D. Diner, *Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus*, in: ders. (Anm. 7), S. 63–73, 73.

⁹⁾ Zur Debatte jetzt: *Nationalsozialismus und Modernisierung*, hrsg. v. M. Prinz/R. Zitelmann, Darmstadt 1991.

kratischen Sozialisation der Menschen fragen, nach den generationellen Erfahrungen gesellschaftlicher Großgruppen, nach den Chancen zur Adaption dessen, was so unscharf wie treffend „politische Kultur“ der Demokratie westlichen Musters genannt wird.

Aus demographischen Gründen war die Generation der zwischen 1890 und 1914 Geborenen in der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung besonders stark vertreten: Die Geborenenziffer war noch vergleichsweise hoch, aber die Säuglingssterblichkeit ging stark zurück, so daß ein jährliches Bevölkerungswachstum von meist deutlich über einem Prozent erreicht wurde, während die Auswanderung stark rückläufig war. Die im Wilhelminischen Reich Geborenen und Aufgewachsenen erlebten eine gesellschaftlich gespaltene Sozialisation¹⁰⁾. Zumal im anhaltenden konjunkturellen Aufschwung seit Mitte der 1890er Jahre stabilisierten sich die Klassenmilieus dieser Gesellschaft, vertieften sich, wuchsen sich zu einer je eigentümlichen „Heimat“ aus – mochten auch manche äußeren Aspekte, darunter die generelle Hebung der Lage der Arbeiter, langfristig eine andere Tendenz einläuten. Es war nicht so sehr die Entwicklung der sozialen Ungleichheit und der Klassendifferenz für sich, sondern deren politische Überformung durch den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat, die scharf unterschiedene sozialisatorische Milieus schuf. Das ließe sich an der Parteilichkeit der Behörden so deutlich wie an der Spaltung der Vereinskultur, an der – bezogen auf die Arbeiter – Klassenjustiz so klar wie am preußischen Dreiklassenwahlrecht zeigen.

Je nach Zugehörigkeit zu bestimmten Milieus wurden Kriegserfahrungen, Revolution und Inflation sehr unterschiedlich gedeutet: Das Arbeiterkind, in der Zeit um die Jahrhundertwende unter den Daseinsbedingungen zunehmend großstädtischer Arbeiterquartiere aufgewachsen und in der Volksschule mit den „tragenden“ Werten der spätwilhelminischen Gesellschaft vertraut gemacht, erlebte den Krieg ganz anders als der Sproß gutbürgerlicher Familien, dessen Sozialisation in Familie, Schule, Kirche und Gymnasium bis hin zur Universität und zum studentischen Verbindungswesen viel stärker auf die bestehende, konstitutionell-monarchische Gesellschaft und politische Herr-

schaft bezogen war. Der letztere nahm das Kriegsende als eine herbe Enttäuschung nationaler Leidenschaft wahr, und Waffenstillstand sowie Friedensvertrag waren ihm tiefe Demütigungen; die Revolution trieb ihn zusätzlich in rechtsradikales Fahrwasser. Älter werdend, mußten ihm die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Sachsen oder im Ruhrgebiet wie eine Verhöhnung der bürgerlichen Ordnung vorkommen. Je stärker die Inflation voranschritt, desto schmerzlicher waren in den mittel- und großbürgerlichen Familien auch materielle Einbußen zu spüren – der Verlust eines über mehrere Generationen angesammelten Kapitalbesitzes etwa und der hieraus fließenden Einkommen.

Anders der jugendliche Arbeiter, der sich noch vor 1914, in besonders zahlreichen Fällen jedoch erst im Verlauf des Krieges – im Zuge des überaus starken Wachstums der Organisationen seit etwa 1916/17 – der Arbeiterbewegung angeschlossen hatte. In der Revolutionszeit durchzog ein Generationenkonflikt die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung, indem sich „Altmitglieder“, organisationserfahrene und mit den Gewerkschaften und sozialdemokratischen Ortsvereinen geradezu verwachsene Arbeiter, und neue „Novembermitglieder“ (Eduard Bernstein) mit sehr unterschiedlichen Ansichten über Revolution, Sozialisierung und die Rolle der Arbeiterorganisationen gegenüberstanden. Zu Hunderttausenden wurden gerade die Neumitglieder von den Erfolgen der Revolution enttäuscht, wandten sich von der „alten“ Arbeiterbewegung ab und den neuen anarchosyndikalistischen Organisationen eher vorübergehend, der Kommunistischen Partei auch dauerhaft zu. Dabei ging von der erfolgreichen Russischen Revolution 1917 eine erhebliche Sogwirkung aus. Man versteht besser, warum die (schwer-)industriellen Bezirke Sachsens, Oberschlesiens oder der beiden preußischen Westprovinzen zu Herden der Unruhe und Enttäuschung wurden, wenn man weiß, daß gerade hier im Zuge der Wanderungsbewegungen vor 1914 „jugendlastige“ Bevölkerungen entstanden waren.

Alle Arbeiter mußten schließlich die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Spätherbst 1923 und die sich anschließende Stabilisierungskrise, die in manchen Branchen bis 1925 anhielt und zeitweise eine hohe Arbeitslosigkeit verursachte, als den Austrag von Fehlentwicklungen ausschließlich auf ihrem Rücken verstehen. Die Inflation hatte die innergesellschaftlichen Fronten quergestellt. Nicht die Inhaber von Produktionsmitteln und die Lohnabhängigen hatten, wie in „Normalzeiten“ gewohnt, um die Verteilung des produzierten Mehrwerts gerungen, sondern in

¹⁰⁾ Sozialisationsgeschichtliche Aspekte werden am Arbeitsplatz, in den Familien und Kommunen sowie in der Gesamtgesellschaft genauer verfolgt in: G. A. Ritter/K. Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich. Bonn 1991 (im Ersch.), vgl. ebd. die weitere spezifische Literatur. Zu den bevölkerungsgeschichtlichen Aspekten vgl. K. Tenfelde, Großstadtjugend in Deutschland vor 1914. Eine historisch-demographische Annäherung, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 69 (1982), S. 182–218.

einer Situation unmittelbarer Existenzbedrohung war es schlicht um Lebensmittel gegangen, um scharfe, zur Selbsthilfe drängende Konflikte zwischen Produzenten von Nahrung, deren Verteilern (dem Kleinhandel) und Konsumenten. Das war eine zusätzlich außerordentlich desorientierend wirkende Erfahrung gewesen, die so manche für ihre eigenen Zwecke zu nutzen verstanden – so die Hamburger Kommunisten, die im Spätsommer 1923, ausgehend von Wochenmarktunruhen, die proletarische Revolution probten.

Diese Gegenüberstellung unterschiedlicher milieubezogener Sozialisierungserfahrungen kann letztlich nicht befriedigen, weil viel zu grob typisiert wird. Die Sozialgeschichte findet hier ein außerordentlich weites, kollektivbiographisches Forschungsfeld vor, das von der „politischen Geschichte“ der Revolutionszeit immer nur sehr oberflächlich behandelt worden ist¹¹⁾. Mit Hyperinflation und Stabilisierungskrise war die Zeit der sozialisatorischen Wechselbäder jedoch keineswegs beendet. Während der relativen Ruhejahre der Republik – im ganzen nur drei, vier Jahre bis zum Herbst 1929 – stabilisierten sich die gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen ließen erkennen, daß die verfassungskonforme politische Mitte erstarkte; man kann die parlamentarische Aktivität dieser Jahre als einigermaßen normalisiert, die Praxis der Demokratie in Vereinen, Verbänden, Kommunen

und Landtagen als wenigstens zeitweilige Gewinnung einer bürgerlich-repräsentativen politischen Kultur deuten. Da schwingen gewiß viele, für sich klärungsbedürftige Konnotationen mit, und die Begriffe einer solchen Sozialisierungsgeschichte wären erst noch zu klären¹²⁾.

Daß die Weltwirtschaftskrise auf allen Ebenen die Entwicklung eines demokratischen politischen Stils hemmte, störte und zerstörte, daß mit der außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit seit etwa 1931 und mit der Notverordnungspraxis der Präsidialkabinette die sozialen und politischen Konturen der Verfassung in der politischen Wirklichkeit verschwammen, das wird jedem rasch offenbar, der auch nur einen einzigen Polizeibericht über Versammlungen, Demonstrationen, Arbeitskonflikte oder Parteien aus dieser Zeit liest. In der Krise läßt sich deshalb beobachten, daß generationelle Sozialisierungserfahrungen unter gering entwickelter demokratischer Kontrollfähigkeit zu beinahe beliebigen politischen Affiliationen führten. Die relative Jugendlichkeit der Anhänger sowohl von KP-Formationen als auch der SA und insbesondere die Phänomene der Rechts-Links- und Links-Rechts-Fluktuation unter dem Eindruck der schweren Arbeitslosigkeit sind ebenso bekannt wie die relative Alterung der stabilen Arbeiterorganisationen, ebenso auch wie die nachweislich einander sehr ähnlichen Sozialisierungen der NS-Führungskader, etwa der Gauleiter.

V. Altlasten der Arbeiterbewegung

Die sozialisatorischen Wechselbäder zwischen Kriegsausbruch und Machtergreifung helfen zu verstehen, weshalb der Verfassungskonsens der Republik von Anbeginn brüchig blieb und in der Weltwirtschaftskrise aufgegeben wurde. Man sollte eine solche Argumentation nicht als neuerliche Exkulpationsstrategie mißverstehen. Ein Blick auf die „institutionellen Altlasten“ hilft, dies zu verhindern, und zwar am Beispiel der Arbeiterbewegung.

Die deutsche Sozialdemokratie war, beinahe mehr noch als die Gewerkschaften, ein Kind ihrer Zeit: das Produkt derselben Gesellschaft und derselben Herrschaftsverhältnisse, die zu verändern und zu

überwinden sie angetreten war¹³⁾. Schon die Gründung der Sozialdemokratie im wesentlichen vor den Gewerkschaften hatte eine deutsche Besonderheit jedenfalls im Vergleich zum englischen Weg bezeichnet. Viel entscheidender war für die weitere Entwicklung der politischen und auch der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung jedoch die Stigmatisierung beider zu „Reichsfeinden“ bald nach der Reichsgründung. Dieser Ausgrenzungsversuch gipfelte im Sozialistengesetz 1878 bis 1890,

¹²⁾ Vgl. besonders U. Herrmann, Probleme und Aspekte historischer Ansätze in der Sozialisierungsforschung, in: K. Hurrelmann/D. Ulrich (Hrsg.), Handbuch der Sozialisierungsforschung, Weinheim 1980, S. 227–252.

¹³⁾ Vgl. zum folgenden K. Tenfelde, Geschichte der deutschen Arbeiter und der Arbeiterbewegung – ein Sonderweg, in: Der Aquädukt: 1763–1988. Ein Almanach aus dem Verlag C. H. Beck im 225. Jahr seines Bestehens, München 1988, S. 469–483; ders., Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur, in: S. Miller/M. Ristau (Hrsg.), Gesellschaftlicher Wandel. Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen. Gegenwartsfragen. Zukunftskonzepte, Köln 1988, S. 155–172.

¹¹⁾ Weiter vorgedrungen sind die Regionalgeschichtsschreibung zur Kriegs- und Revolutionszeit sowie Untersuchungen zur Sozialgeschichte der Inflation; vgl. etwa neuerdings K. Hartewig, Das unberechenbare Jahrzehnt. Bergarbeiterfamilien im Ruhrgebiet 1914 bis 1924, phil. Diss. (Ms.) München 1989, ersch. München 1991.

aber die für diese Verbotzeit kennzeichnende Mixtur von scharfer Repression und „positiven“ Maßnahmen, sprich Sozialpolitik, war nicht wirklich eine Erfindung Bismarcks. Schon das nachrevolutionäre Jahrzehnt der 1850er Jahre hatte eine ganz ähnliche Konstellation hervorgebracht. Es war der spezifische Habitus Preußens als deutscher Ordnungsmacht, der sich politisch so weitgehend stilbildend auswirkte, daß auch die von ihm geprägt wurden, die ihn zu überwinden strebten.

Darin bildeten sich zwei Zusammenhänge heraus, die – darin lag ihre fatalste Konsequenz – fortbestanden, als ihre Voraussetzungen weitgehend entfallen waren: der Umstand, daß die Arbeiterbewegung ihre gesellschaftliche und politische Marginalisierung zum einen mit innerer Radikalisierung, und sei sie von der eher verbalen Art, zum anderen mit sozusagen positiver Lagerbildung beantwortete. Es ist leicht nachzuvollziehen, daß der theoretische Eklektizismus innerhalb der Sozialdemokratie bis in die späten 1870er Jahre auch weiterhin seine Chance behalten hätte und in Reformismus und politischen Pragmatismus gemündet wäre, wenn nicht die ausnahmerechtliche Verbotsituation seit 1878 die gesellschaftliche und politische Sozialisation einer späterhin wichtigen Kerngruppe der Arbeiterklasse bestimmt und viele Menschen zu der scheinbar tagtäglich aufs Neue bewiesenen Annahme veranlaßt hätte, die Politik im Kaiserreich stehe im Dienste der herrschenden Klasse. Statt dessen schritt während der gewaltsamen Ausgrenzung der Bewegung die Rezeption des Marxismus seit Engels' „Anti-Dühring“ beinahe unaufhaltsam bis zum programmatischen Höhepunkt von Erfurt 1891 voran. Überdies vermittelte die Zeit des Leidens unter sozialistengesetzlicher Unterdrückung der Sozialdemokratie recht eigentlich ihren Gründungsmythos: Es gab jetzt ein proletarisches Heroenzeitalter. Die theoretischen Auseinandersetzungen der Folgezeit brachten starke Reibungsverluste und verfehlten die soziale Realität, in der sich Praxisbezug vielfach fern jeder Theorie herstellen mußte. Einer Arbeiterbewegung, die den jedenfalls verbal ziemlich ungeteilt revolutionären Strömungen huldigte, wollten sich auch linksliberale Stimmen im Bürgertum kaum zuwenden. Die Flügelbildung innerhalb der Partei hätte darüber hinaus kaum so weitreichende Bedeutung erhalten, hätte sie sich nicht während der Kriegszeit sozial gleichsam aufladen können, indem Großgruppen von Mitgliedern und Anhängern begannen, sich ihr zuzuordnen.

Weniger eindeutig war der Beitrag der Arbeiterbewegung als Organisation zur Festigung des Milieus der Arbeiterklasse. Es ist inzwischen üblich geworden, und es entspricht der Ambivalenz dieser

Entwicklung, zwischen „Arbeiterkultur“ und „Arbeiterbewegungskultur“ zu unterscheiden¹⁴). Unter ersterer lassen sich am besten die besonderen Verhaltensweisen und Werte verstehen, die Arbeiter im Zusammenhang der Lohnarbeit und unter deren materiellen Bedingungen sowie in ihren Familien und kommunalen Daseinsformen entfalten und die tradierfähig waren. Man kann diese Arbeiterkultur in ihren jeweiligen Wirklichkeitsbereichen empirisch studieren und wird dort eine erstaunliche Fülle von Besonderheiten des Umgangs miteinander – der Wertorientierungen, der Sprache und der Gesten – entdecken. Arbeiterbewegungskultur umfaßt hingegen die breite Palette der in engen Zusammenhängen mit der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung entstandenen und zum Teil von den entsprechenden Organisationen bewußt geförderten Bildungs-, Freizeit-, Unterhaltungs- und Sportvereine sowie nicht zuletzt die kunst-, bildungs- und kulturpolitischen Perspektiven, die in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften formuliert wurden.

Beides, die Arbeiter- und die Arbeiterbewegungskultur, war nach Form und Ziel keineswegs kongruent, aber die ihnen zuzuordnenden Organisationen sind ohne die Besonderheit von Arbeiterkultur nur schwer zu verstehen. Diese wiederum lenkt den Blick auf die soziopolitischen Zusammenhänge, in denen sich solche klassenbezogene Besonderheit entfaltete. In einem außerordentlich grundlegenden Prozeß wurde das, was Gustav Mayer unter Bezug auf die 1860er Jahre als Trennung der bürgerlichen von der proletarischen Demokratie erfaßte, mit einem Höhepunkt in den 1890er Jahren – als der Verbotsdruck verschwunden war – in der Vereinsgesellschaft beinahe jeder Kleinstadt nachvollzogen¹⁵). Die Klassenfurche durchzog, dank ihrer politischen Überwölbung, die Gesellschaft des Kaiserreichs immer tiefer.

Diese Absonderung proletarischer Organisationsvielfalt erreichte, als ein Prozeß der Organisationsbildung, ihren Höhepunkt erst in den Jahren der

¹⁴) So erstmals G. A. Ritter (Hrsg.), Arbeiterkultur, Königstein/Ts. 1979, Einleitung des Hrsg.; zum folgenden s. K. Tenfelde, Arbeiterkultur, in: Kulturpolitisches Wörterbuch, hrsg. v. W. Langenbucher u. a., Stuttgart 1983, S. 45–50.

¹⁵) Nur ein Beispiel aus der Fülle der Literatur: K. Schönberger, „Arbeiter, heraus aus den bürgerlichen Sportvereinen“. Entstehung, Äußerungsformen und Bedeutung von Arbeitersportvereinen in württembergischen Landgemeinden 1905–1933, in: Sportwissenschaft, 16 (1986), S. 76–89; vgl. ferner G. Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863–1870, 1912, Neudruck in: ders., Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hrsg. v. H.-U. Wehler, Frankfurt/M. 1969, S. 108–194.

Weimarer Republik¹⁶⁾ – zu einer Zeit, in der mit der demokratisch-parlamentarischen Verfassung jedenfalls ihre politischen Voraussetzungen entfallen waren und ihre ökonomischen Voraussetzungen an Gewicht zu verlieren begannen. Denn der Prozeß der Klassenbildung – meßbar zumal an zunehmender sozialer Ungleichheit zwischen Arbeitern und anderen Schichten und Klassen der Gesellschaft – scheint bereits in spätwilhelminischer Zeit an Eindeutigkeit verloren zu haben, und gewisse Entwicklungen in der Zwischenkriegszeit beschleunigten diesen vielschichtigen und langfristigen, immer wieder verzögerten und zeitweise auch rückläufigen Prozeß¹⁷⁾. Die Milieus blieben konsistent zu einer Zeit, da sie es nicht mehr hätten sein müssen.

Viele weitere Umstände trugen hierzu bei: die Verzögerung „qualitativer“ Urbanisierung durch Inflation und Wirtschaftskrise, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit; der höchstens geringe und allenfalls auf die Stabilisierungsjahre beschränkte Zugewinn an materieller Sicherheit; die Beschränkung und partielle Rücknahme der an sich schon nicht überwältigenden Revolutionserfolge der Ar-

beiter; vor allem aber innenpolitisch das Verhalten der Klassenantipoden und die mangelnde Integrationsfähigkeit und -bereitschaft anderer, um ihre errungenen Positionen fürchtender Schichten in der Gesellschaft sowie, in größeren Zusammenhängen, die Reizwirkung der scheinbar so erfolgreichen bolschewistischen Revolution.

Auch in der Demokratiezeit sahen sich Arbeiter auf ihre Klassenmilieus verwiesen, auf Milieus mit hin, die sich längst verfestigt, die sich in Organisationen etabliert hatten, so daß es inzwischen gar Theoretiker solcher kultureller Sonderung gab. In dieser Milieukonsistenz lag aber zugleich ein strukturelles Hindernis für Partizipation und Toleranz und letztlich für kulturelle Entfaltung. Das wechselseitige Unverständnis wurde prolongiert. Nach 1945 haben einige Arbeiterführer sehr bewußt auf den Wiederaufbau einer in Organisationen betonierten Arbeiterkultur verzichtet; aber der Umstand, daß eine neue Arbeiterkulturbewegung zwar in einigen Bereichen, aber wenig klassen- und milieubezogen und mehr als ein Abglanz der alten Tradition entstand, hatte weitere, wichtige Gründe.

VI. Merkmale der Epoche

Ich will mit dieser Argumentation nicht etwa der Arbeiterbewegung und noch viel weniger den Arbeitern Schuld an ausgebliebener Fundamentaldemokratisierung zuweisen. Will man dieses Defizit aufzeigen, so läge das plausiblere Argumentationsfeld allemal auf der anderen Seite. Das hat die Forschung seit Kurt Sontheimers Abhandlung über „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“ immer wieder überzeugend gezeigt¹⁸⁾. Es ist aber doch symptomatisch und kennzeichnend für ein Dreivierteljahrhundert jüngerer

deutscher Geschichte, daß auch diejenigen sich durch Unfähigkeit zur Demokratie prägen lassen mußten, die an sich disponiert schienen, diese Unfähigkeit noch am ehesten zu überwinden. Demokratisierung erschöpft sich bekanntlich nicht in der Setzung bestimmter verfassungsrechtlicher Normen oder in der Festlegung von Formen der Machtkontrolle, sondern verlangt insbesondere Einübung in konsensuale Praktiken des Umgangs miteinander und die allseitige Akzeptanz von Menschen- und Bürgerrechten. Deshalb ist demokratische Sozialisation – konkreter: die Demokratisierung der Sozialisationsagenturen (Familie, Schule, Kirche, Verwaltung auf allen Ebenen und Regierungshandeln) sowie die Herausbildung eines offenen, ungeschriebenen regulierten politischen Stils – so außerordentlich wichtig.

Im Kaiserreich waren die sehr wohl vorhandenen und in Teilbereichen der Gesellschaft auch eingeübten Praktiken eines solchen Stils nicht zu einer evolutionären Demokratisierung des politischen Systems gebündelt worden. In elitären Macht- und Klasseninteressen befangen, verteidigten die Träger des Konstitutionalismus statt dessen überkommene und auch neugewonnene Positionen. Diese Eliten hatten ihre Legitimation aus der Tradition, darüber hinaus aus ihrer scheinbar so wichtigen Rolle im erfolgreichen Prozeß deutscher National-

¹⁶⁾ Vgl. D. Langewiesche, Politik – Gesellschaft – Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland seit dem I. Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, 22 (1982), S. 359–402; zur Kritik an dieser Position: P. Lösche/F. Walter, Zur Organisationsstruktur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft, 15 (1989), S. 511–536.

¹⁷⁾ Vgl. im Überblick besonders J. Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970, Frankfurt/M. 1986, sowie K. Tenfelde/G. A. Ritter, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich, Kap. III, und versch. Beiträge in K. Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991.

¹⁸⁾ Vgl. K. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962, gekürzte Studienausgabe (mit einem Anhang über „Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik“) 1968; diese Ausgabe ohne den Anhang als Taschenbuch München 1978.

staatsbildung von oben und nicht zuletzt aus dem vergleichsweise effizienten Management von Industrialisierung und sozialer Frage erschöpft. Konsensuale, demokratische Praktiken außerhalb der Zirkel formeller und informeller Herrschaft lagen ihnen fern. Sie praktizierten nicht integrative, sondern segregative Herrschaftstechniken: Kulturkampf, Sozialistengesetz und subtilere Formen der Fernhaltung von politischer Partizipation sowie die „positiven“ Korrelate solcher Politik: „Weltpolitik“, ja, auch die staatliche Sozialpolitik¹⁹⁾.

Es ist wahr: Aus der Sicht von 1990 rückt das Kaiserreich noch viel klarer auf eine Anklagebank, die von der Forschung seit den sechziger Jahren, seit Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht“ (1961), immer kunstvoller geschnitzt worden ist. Wer dies so sieht, muß keineswegs die vielen positiven Merkmale jener Zeit – auch nicht die einer verdeckten gesellschaftlichen Integration der Arbeiterklasse – übersehen, noch sollte er dem Verdikt des Moralisiertens ausgesetzt werden; historische Urteile werden nicht in wertfreien Räumen gefällt²⁰⁾.

Der Militarismus und die Kraftprotzerei im Wilhelminischen Deutschland gehörten zu den sekundären, die Defizite an Konsens und Partizipation verschleiern den Herrschaftstechniken. Der hohen Bereitschaft der alten Eliten zum Einstieg in eine im Sommer 1914 anderwärts provozierte militärische Auseinandersetzung lag eben auch der versteckte Sinn der Rettung verkrusteter Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen, der Partizipations- und Demokratievermeidung zugrunde. Schaut man nach innen, dann war der Erste Weltkrieg der letzte große Kampf zur Erhaltung, möglichst gar Erneuerung alter Bastionen. Es hat dann zu den bezeichnenden Merkmalen einer spätestens seit 1848/49 eingeübten und so virtuos wie subtil ausgestalteten, auf große Teile des Bürgertums übertragenen Defensivstrategie zur Demokratievermeidung gehört, daß die sachlich besiegten Eliten die Konsequenzen der Niederlage von 1918 weder nach außen, noch viel weniger nach innen zu tragen bereit waren, allerdings hierzu auch nicht hinreichend veranlaßt wurden.

Weimar blieb zu sehr unter solchem Einfluß, hatte überdies die Folgen der militärischen Niederlage

zu verkraften, zu schweigen von den extremen wirtschaftlichen Wechsellagen; und Weimar hatte, vor allem, für dies alles viel zu wenig Zeit. In der Bundesrepublik hingegen wuchs Demokratie mittlerweile nach innen und außen über zwei Generationen. Der Verfassungskonsens entstand gewiß zunächst aufgrund der Kriegsfolgen und Diktaturerfahrungen, der Besatzung und der Abwehr des Realsozialismus. 1968 und die Folgen begründeten dann diesen Konsens auch von innen heraus.

Wie wichtig diese innere Demokratieerfahrung auch in außenpolitischer Hinsicht gewesen ist, wird leicht an der hypothetischen Frage deutlich, was geschehen wäre, wenn die Vereinigung der beiden deutschen Staaten etwa in der Folge der Stalin-Note 1952, des DDR-Aufstandes 1953 oder, gewiß kaum glaublicher, des Mauerbaus 1961 hätte erreicht werden können. Ohne Zweifel wäre der ostpolitische Revanchismus zu einem sehr ernst zu nehmenden Faktor deutscher Innen- und Außenpolitik geworden. Man mag darüber streiten, ob zur demokratischen Pazifizierung der Deutschen in der Mitte Europas Gebietsverluste erforderlich waren. Es scheint jedoch, daß hierzu der Kalte mindestens so sehr wie die „heißen“ Kriege benötigte wurden – und ebenso die niederschmetternden Erfahrungen der Diktatur.

Erst seit 1945 wurde möglich und dauerhaft, was den Verfassungskonsens trägt und was zweifellos auch in deutscher Geschichte angelegt gewesen ist: die endgültige Entwurzelung der alten Eliten aus ihren ererbten Positionen; die Selbstverabschiedung des Bürgertums von seinen so elitären wie konventionellen Kulturvorstellungen und die der Arbeiterbewegung von ihrer politutopisch eingefärbten Sonderkultur; die Akzeptanz kultureller Pluralität und überhaupt der Tatsache, daß Menschen ohne Bildung Kultur haben und Kultur produzieren.

So war die neue „Reichsgründung“ nach innen sehr viel besser vorbereitet als die Bismarcksche: Der innere Konsens ging ihr voraus, und die Besonderheit einer konservativ gesteuerten Nationalstaatsbildung „von oben“ mit bloßem Beifall von unten hat sich korrigiert, nationale Maße scheinen gefunden. Das waren – sozialisationsgeschichtlich betrachtet und auf deutsche Entwicklungen bezogen – die wichtigsten Merkmale der Epoche zwischen 1914 und 1990: die Überwindung fragmentierter, konsensuale demokratische Verhaltensformen be- oder verhindernder Teilkulturen²¹⁾ in der Gesellschaft.

¹⁹⁾ Vgl. für diese Sicht u. a. W. Sauer, Das Problem des deutschen Nationalstaats, in: H.-U. Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln-Berlin 1975⁵, S. 407–436; H.-U. Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1973.

²⁰⁾ Kennzeichnend für die Positionen (insbes. Wehler vs. Nipperdey) ist die Debatte um Heinrich Manns „Untertan“; vgl. hierzu jetzt R. Alter, Heinrich Manns Untertan – Prüfstein für die „Kaiserreich-Debatte“?, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 17 (1991), S. 370–389.

²¹⁾ Vgl. D. Lehnert/K. Megerle (Hrsg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1989; dies. (Hrsg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1990.

Das alles war kein einseitiger Prozeß; die Demokratie selbst und die Nation veränderten ihr Gesicht, und auch übergreifende Formveränderungen der Gesellschaft wirkten ein. Der moderne Wohlfahrtsstaat versöhnte die Menschen mit dem Kapitalismus²²). Just vor Kriegsausbruch 1914 noch war die damalige – an sich eng begrenzte, da im wesentlichen als staatliche Versicherungspolitik verstandene Sozialpolitik – in eine heftige innenpolitische Kontroverse geraten. Daß Sozialpolitik in der kapitalistischen Industriegesellschaft mehr zu sein hat als soziale Absicherungspolitik – nämlich Ordnungspolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine Politik des Ausgleichs strukturell induzierter Un-

gleichheiten –, diese zentrale Erkenntnis ist trotz wichtiger Fortschritte nach 1918 erst unter dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes von 1949 verwirklicht worden. Gewiß wurden wichtige Wurzeln des Wohlfahrtsstaats mit der – freilich nicht in erster Linie wohlfahrtsstaatlich motivierten – Bismarckschen Sozialpolitik der 1880er Jahre gelegt, aber die moderne Sozialpolitik ist qualitativ etwas ganz anderes geworden. Strukturelle Veränderungen im „reiferen“ Kapitalismus begünstigten dies. Ihnen und der entfalteten Sozialpolitik war zu danken, daß Klassendifferenzen seit der Wende zum 20. Jahrhundert eingeebnet wurden, wenn diese auch keineswegs verschwunden sind.

VII. Epochenzäsur: 1914 oder 1917?

Nimmt man die wichtigeren, ehemals „konstitutionellen“ Staaten Europas – Deutschland und Österreich, in anderer Weise auch Italien und Spanien – beisammen, dann fällt der steinige Weg zur modernen, „westlichen“ Demokratie gleichermaßen auf, im Gegensatz zu England, Frankreich und den USA, aber auch zu dem ganz anderen, hoffentlich eben abgeschlossenen, noch viel steinigern Weg aus dem zaristischen Autokratismus²³). So gesehen, vollendet sich soeben erst, nach einer zweihundertjährigen Übergangsphase, die Überwindung des tausendjährigen europäischen Feudalismus. Man mag das für zu weit gegriffen halten; Historikern werden allzu generalisierende Thesen leicht übelgenommen. Wir befinden uns jedoch in einer Phase der neuen Gewichtung von bisher für sicher gehaltenen Epochenbegriffen und historischen Urteilen.

Die „Mittellage“ Deutschlands in Europa, zeitweilig gefeierter *passé-partout* zur Deutung besonderer deutscher Befindlichkeiten²⁴), wird bald eher als ein Sandkastenproblem erscheinen. Und die

weltpolitische Konfliktlage um grundverschiedene wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen, die unser Jahrhundert seit 1917 geprägt hat, wird in einer vorstellbaren Zukunft als Episode gedeutet werden. An diesem Systemkonflikt wird vermutlich für wichtig gehalten werden, daß er – in deutscher, nationalgeschichtlicher Sicht – die auf Weimar lastenden Hypotheken noch verteuert hat und nach 1945 als zusätzliche Integrationsklammer auf dem Weg zur „wesentlichen“ Form dienlich war. Gegenüber der Zäsur von 1914 als dem Beginn eines „Dreißigjährigen Krieges“, einer umfassenden „Modernitätskrise“ in Deutschland²⁵), verblaßt nunmehr 1917, auch wenn an der These vom Beginn einer Phase des „Weltbürgerkriegs“²⁶) manches überzeugend klingt. Jedenfalls in der deutschen Geschichte – und im Rahmen ihrer nun fällig werdenden Neubewertungen – markiert 1914 einen Wendepunkt. Mit dem Weltkrieg scheiterte die deutsche Politik der offensiven Demokratievermeidung. Die Kosten dafür, daß viele in Deutschland dies nicht erkennen konnten und wollten, waren unglaublich hoch.

²²) Vgl. G. A. Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich. München 1983; ders., Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich. München 1989.

²³) Vgl. J. Szűcs, *Les trois Europes*, Paris 1985.

²⁴) Vgl. etwa die Beiträge in: O. Franz (Hrsg.), *Europas Mitte*, Göttingen-Zürich 1987.

²⁵) So A. J. Mayer, *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Erlösung“*, Reinbek 1989, S. 65 ff.

²⁶) So zum wiederholten Mal E. Nolte, *Die unvollständige Nation*, in: FAZ vom 24. 1. 1991, S. 27.

Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945

I. Hitler und die Folgen: Die Entlegitimierung des deutschen Nationalismus

Für den deutschen Nationalismus bedeutet das Jahr 1945 die tiefste Zäsur seiner Geschichte überhaupt. Der Nationalsozialismus hatte sich der Welt als die bislang extremste Erscheinungsform des Nationalismus präsentiert. Die Politik des „Dritten Reiches“, die 1945 zum Zusammenbruch Deutschlands führte, wirkte folgerichtig als Entlegitimierung des deutschen Nationalismus. Als Integrationsideologie, die für die Loyalität gegenüber der Großgruppe „Nation“ absoluten Vorrang vor allen anderen Loyalitäten beansprucht, war dem Nationalismus in Deutschland fortan das moralische Fundament entzogen¹⁾.

Die extreme Übersteigerung des deutschen Nationalismus in den Jahren 1933 bis 1945 hatte Ursachen, die teilweise eng mit seiner Entstehung im frühen 19. Jahrhundert zusammenhängen. Das erste konstituierende Moment des deutschen Nationalismus war der Kampf gegen die Fremdherrschaft und Hegemonie des napoleonischen Frankreich, die in den Augen vieler Deutscher auch die universalen Werte diskreditierten, mit denen sich der französische Nationalismus legitimierte: die Ideen von 1789. Das zweite konstituierende Moment war das Gefühl der wirtschaftlichen Unterlegenheit gegenüber England. Der deutsche Nationalismus entstand als Abwehrideologie.

Da es den deutschen Nationalstaat erst noch zu errichten galt, konnte der frühe deutsche Nationa-

lismus sich nicht an einer eigenen, subjektiv als vorbildhaft empfundenen politischen Ordnung ausrichten. Er berief sich vielmehr auf vermeintlich objektive Größen wie Volk, Sprache und Kultur, die dem politischen Willen gleichsam vorgelagert waren²⁾.

Die innere Stoßrichtung des frühen deutschen Nationalismus war gleichwohl eine freiheitliche. Das Ziel, die deutsche Kulturnation in eine Staatsnation zu verwandeln, schloß in sich die Wendung gegen die partikularstaatliche Zersplitterung Deutschlands, die den Vorkämpfern der nationalen Bewegung als feudales Relikt erschien. Nationale Einigung war, so gesehen, nur ein anderer Ausdruck von bürgerlicher, später auch proletarischer Emanzipation. Erst nachdem der deutsche Nationalstaat – anders als von seinen Befürwortern geplant, nämlich von „oben“, in Gestalt der Bismarckschen Reichsgründung – verwirklicht worden war, änderte sich der soziale Gehalt des deutschen Nationalismus. Die nationale Parole wurde in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre von der politischen Rechten „entdeckt“ und als Waffe gegen die bisherigen Träger der nationalen Einheitsbewegung – von den Liberalen bis hin zu den Sozialisten – benutzt. Antisemitische Agitatoren machten hinter der „roten“ Internationale der Arbeiter und der „goldenen“ Internationale des Bankkapitals einen gemeinsamen „Drahtzieher“ aus: das „internationale Judentum“. Hatte „national“ sein bisher bedeutet, für Freiheit und Fortschritt einzutreten, so hieß es fortan in erster Linie

¹⁾ Zur Entlegitimierung des deutschen Nationalismus als Folge des Nationalsozialismus vgl. M. Rainer Lepsius, *Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“*, in: *Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988*, Frankfurt/M. 1989, S. 247–264. Für die Zusammenstellung und Sichtung des im folgenden ausgewerteten Quellenmaterials danke ich Carsten Fleischhauer, Silvana Galassi, Gudula Hörr, Uta Niederstraßer und Birgit Wilke.

²⁾ In Zusammenfassung des neueren Forschungsstandes zur konstituierenden Phase des deutschen Nationalismus vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1: *Vom Feudalismus des alten Reiches bis zur defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815*, München 1987, S. 506–530; ders., *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2: *Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815–1845/49*, München 1987, S. 394–412.

anti-international und sehr häufig auch bereits antisemitisch sein³).

Einen Wandel vom „linken“ zum „rechten“, vom emanzipatorischen zum integralen Nationalismus hat es in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch in anderen Ländern und nicht zuletzt im Ursprungsland des modernen Nationalismus gegeben. Aber in Frankreich waren seine demokratischen Wurzeln sehr viel stärker als in Deutschland, die Transformation des Nationalismus infolgedessen eine weniger vollständige. Folgte in Deutschland auf die Reichsgründung von 1871 die konservative Wende der „inneren Reichsgründung“ von 1878/79, so erlebte die Dritte Republik 1906 eine Art Neugründung mit dem Ausgang der Dreyfus-Affäre, einem Sieg der republikanischen und linken Kräfte. Der „linke“ Nationalismus blieb in der französischen Gesellschaft über den Ersten Weltkrieg hinaus ungleich stärker verankert als in der deutschen⁴).

Die Radikalisierung des deutschen Nationalismus nach dem Ersten Weltkrieg läßt sich nicht einfach aus der militärischen Niederlage und der Härte des Vertrags von Versailles erklären. Entscheidend war, daß sowohl die deutsche Verantwortung für die Auslösung des Krieges als auch die Politik Deutschlands während des Krieges nicht kritisch aufgearbeitet, sondern aus dem Bewußtsein verdrängt wurden. Diese kollektive Verdrängung bildete den Nährboden für das rasche Erstarken einer militanten Revanchestimmung. Aber der radikale Nationalismus erfüllte weiterhin auch innere Funktionen: Er diente dem Kampf gegen die marxistische Linke, der die Rechte aller Schattierungen seit 1918 die Schuld an der Niederlage zuschob („Dolchstoßlegende“). Hitler ließ an diesem innenpolitischen Zweck seines Nationalismus keinen Zweifel. „Der marxistische Internationalismus“,

erklärte er 1924, „wird nur gebrochen werden durch einen fanatisch extremen Nationalismus von höchster sozialer Ethik und Moral.“⁵)

Eine funktionale Erklärung des extremen Nationalismus kann die Bedingungen aufhellen, die die Wahlerfolge des Nationalsozialismus ermöglichten. Dazu gehörte namentlich die Neigung der Mittelschichten, ihre Vorstellungen von Moral mit der gesellschaftlichen „Normalmoral“ gleichzusetzen und sich selbst als die eigentliche Nation zu betrachten. Der damit verbundene Anspruch auf ein besonderes Sozialprestige wurde durch den politischen Aufstieg der Arbeiterbewegung und die wirtschaftlichen Erschütterungen der Weimarer Jahre – erst die Inflation und dann die Depression – nachhaltig in Frage gestellt. Wenn Hitler der Furcht vor dem sozialen Abstieg die Beschwörung des nationalen Wiederaufstiegs entgegenstellte, fand das nirgendwo so viel Widerhall wie in den von Statusängsten heimgesuchten Mittelschichten. Die Aufwertung der Nation war zugleich ein Beitrag zur Hebung des kollektiven Selbstgefühls dieses Teils der Gesellschaft⁶).

Der Nationalismus war der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die sozialpsychologischen Bedürfnisse der von den Nationalsozialisten umworbenen Schichten bringen ließen. Der radikale Antisemitismus der NSDAP dagegen sprach nur Teile ihrer Wählerschaft an. Kleinhändler und Bauern, Studenten und Angehörige der freien Berufe waren durch antijüdische Parolen leichter zu mobilisieren als Handwerker oder gar Arbeiter. In der Wahlpropaganda der Jahre 1930 bis 1932 spielten nationalistische Schlagworte infolgedessen eine größere Rolle als Aufrufe zum Kampf gegen die Juden. Für die Binnenintegration der nationalsozialistischen Bewegung hatte der Antisemitismus jedoch eine zentrale Bedeutung. Vor allem stand er – und hier enden alle Versuche, Nationalismus funktional zu erklären – im Zentrum des Denkens von Hitler selbst⁷).

Die Rückführung der Nation auf die rassisch „artgeleiche“ Abstammungsgemeinschaft bedeutete die absolute Verneinung des „westlichen“, an die Ent-

³) Vgl. Heinrich August Winkler, Bürgerliche Emanzipation und nationale Einigung: Zur Entstehung des Nationalliberalismus in Preußen, in: ders., Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979, S. 24–35; ders., Vom linken zum rechten Nationalismus: Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79, ebd., S. 36–51; ders., Wandlungen des deutschen Nationalismus, in: Merkur, 33 (1979) 377, S. 963–973; Werner Conze/Dieter Groh, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966.

⁴) Vgl. Heinrich August Winkler, Der Nationalismus und seine Funktionen, in: ders. (Hrsg.), Nationalismus, Königstein 1985², S. 5–46. Zur Bedeutung der Dreyfus-Affäre für die weitere Entwicklung der Dritten Republik vgl. Gilbert Ziebur, Die Dreyfus-Affäre und das Regierungssystem der Dritten Republik, in: Historische Zeitschrift, (1960) 191, S. 548–561.

⁵) Adolf Hitler, Warum mußte ein 8. November kommen? in: Deutschlands Erneuerung, (1924) 8, S. 199–207 (207).

⁶) Vgl. M. Rainer Lepsius, Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart 1966, bes. S. 9–18.

⁷) Vgl. Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990; Heinrich August Winkler, Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus, in: Bernd Martin/Ernst Schulz (Hrsg.), Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981, S. 271–289.

scheidung des einzelnen appellierenden Verständnisses von Nation. Radikal waren aber auch die Unterschiede zwischen der Rassennation und dem, was bislang mit dem deutschen Begriff der „Kulturnation“ verbunden gewesen war. Die Umsetzung des nationalsozialistischen Axioms in die Praxis gipfelte in der Ermordung der europäischen Juden. Mit der „Endlösung der Judenfrage“ trat die Selbstzerstörung des deutschen Nationalstaates in ihre letzte Phase. Ihr Ende war erreicht, als das Deutsche Reich am 8. Mai 1945 vor den Alliierten bedingungslos kapitulierte.

Anders als nach 1918 stießen nach 1945 Dolchstoß- und Kriegschuldlegenden nur auf schwache Resonanz. Zu offenkundig war, daß das nationalsozialistische Deutschland den Zweiten Weltkrieg entfesselt und während des Krieges Verbrechen begangen hatte, die alles menschliche Vorstellungsvermögen übersteigen. Die Einsicht, daß Deutschland nur dann eine Zukunft innerhalb der westlichen Zivilisation haben würde, wenn es sich von dieser Vergangenheit distanzierte, erleichterte den moralischen Bruch mit dem „Dritten Reich“.

Doch die öffentliche Moral war nicht auf sich allein gestellt. Internationale Politik und Ökonomie halfen ihr kräftig nach. Der „Kalte Krieg“ führte zu einer Umkehrung der Allianzen und zur raschen Integration der beiden Staaten, die aus der Konkursmasse des Deutschen Reiches hervorgingen, in die neuen Blocksysteme. Die Wirtschaftshilfe des Marshallplans unterschied sich vorteilhaft von den Reparationen, die die erste deutsche Republik fast bis zu ihrem Ende hatte bezahlen müssen. Der Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre entzog sozialen Abstiegsängsten, an die Hitler einst so erfolgreich appelliert hatte, zusehends den Boden. Die Eingliederung der Heimatvertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft ließ das größte Reservoir nationaler Ressentiments kontinuierlich schrumpfen.

Was den politischen Rückhalt des deutschen Nationalismus angeht, so vollzog sich in den fünfziger Jahren nichts Geringeres als eine Umkehrung der Fronten: Die gemäßigte Rechte, repräsentiert durch Adenauer und die Unionsparteien, betrieb eine Politik der supranationalen Integration, während die gemäßigte Linke in Gestalt der Sozialdemokratischen Partei unter Schumacher und Ollenhauer den nationalen Part übernahm und sich als Partei der deutschen Einheit profilierte. Fritz René Allemann hat in diesem Rollentausch bereits 1956 einen der fundamentalen Unterschiede zwi-

schen Bonn und Weimar erkannt⁸⁾. Es wäre gewiß eine karikierende Übertreibung, in diesem Zusammenhang von einer Rückentwicklung vom rechten zum linken Nationalismus zu sprechen. Und doch läßt sich, worauf zurückzukommen sein wird, innerhalb der deutschen Linken eine bis in die Gegenwart fortdauernde Tendenz beobachten, „deutschen Interessen“ einen höheren Stellenwert einzuräumen, als es die Kräfte der rechten Mitte in der politischen Praxis zu tun pflegen.

Faßt man die Gründe für die Abschwächung des Nationalismus im Nachkriegsdeutschland zusammen, so sind es vor allem drei: Erstens wirkte die Zeit des Nationalsozialismus als Anschauungsunterricht nach. Der Untergang des „Dritten Reiches“ war das große „argumentum e contrario“ gegen die traditionelle Verachtung der westlichen Demokratie und damit gegen jeden künftigen „deutschen Sonderweg“. Weil der Nationalismus in Deutschland extremere Erscheinungsformen angenommen hatte als irgendwo sonst, ging auch die Denationalisierung Deutschlands tiefer als in anderen Ländern. Zweitens trat das westliche Deutschland nach 1950 in die Phase des „Massenkonsums“ ein, und was immer man sonst von W. W. Rostows Theorie der Stadien des wirtschaftlichen Wachstums halten mag, so spricht doch viel für seine These, daß Gesellschaften auf dieser Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung für aggressiven Nationalismus weniger anfällig sind als in früheren, von Massenarmut gekennzeichneten Phasen des Industrialisierungsprozesses. Drittens konnte der Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg, anders als nach dem Ersten, nicht mehr als Betäubungsmittel gegen soziale Abstiegsängste dienen. Nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches war der soziale Abstieg für die meisten Deutschen eine vollendete Tatsache. Angst riefen nicht soziale Unruhen im Innern hervor, sondern das Gefühl der Bedrohung durch die Rote Armee, die einen Teil Deutschlands bereits fest unter ihrer Kontrolle hatte. Eine Politik der nationalen Isolierung konnte das Sicherheitsbedürfnis der Westdeutschen nicht befriedigen, wohl aber die Politik der Westintegration – das Konzept des überzeugten Antinationalisten Konrad Adenauer⁹⁾.

⁸⁾ Vgl. Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar. Köln 1956, S. 274.

⁹⁾ Zum Zusammenhang von Wirtschaftsentwicklung und Nationalismus vgl. u. a. W. W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1967². Zu den sozialpsychologischen Hintergründen von Nationalismus allgemein: Daniel Katz, Nationalismus als sozialpsychologisches Problem, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Nationalismus (Anm. 4) S. 67–85.

II. Zwei Staaten, eine Nation? Die Entwicklung bis 1989

Wenn wir von einem Funktionsverlust des Nationalismus im Nachkriegsdeutschland sprechen können, so gilt das zunächst im Hinblick auf den Hauptstrom der offiziellen Politik und der veröffentlichten Meinung. Die privaten Meinungen, die sich in Umfragen niederschlugen, blieben, teilweise bis Mitte der sechziger Jahre, sehr viel „deutsch-nationaler“, als es der praktischen Politik der von Adenauer geführten Bundesregierungen entsprach. Noch 1955 fanden die kaiserlichen Farben Schwarz-Weiß-Rot mehr Anklang bei den Bundesbürgern als die Bundesfarben Schwarz-Rot-Gold (43 Prozent : 38 Prozent). Mit der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße wollten sich noch 1966 54 Prozent der Befragten nicht abfinden; nur 27 Prozent akzeptierten die Endgültigkeit der Ostgrenze. Auf die Frage, ob Adenauer ein hypothetisches sowjetisches Angebot, die Wiedervereinigung Deutschlands mit freien Wahlen gegen den endgültigen Verzicht auf Schlesien, Pommern und Ostpreußen, annehmen solle oder nicht, sprachen sich im August 1955 67 Prozent für Ablehnung und zehn Prozent für Annahme aus. Nach ihren Ansichten über führende Männer des „Dritten Reiches“ befragt, äußerten sich im Juli 1952 42 Prozent positiv über Hjalmar Schacht; eine gute Meinung hatten über Göring 37 Prozent und über Hitler immerhin noch 24 Prozent¹⁰⁾.

Ausgeprägt national blieb auch über die fünfziger Jahre hinaus und quer durch alle Parteilager hindurch die politische Rhetorik. Adenauer hätte für seine Politik der Westintegration keine Mehrheiten gewonnen, wenn es ihm nicht gelungen wäre, sie als den einzig gangbaren Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands darzustellen. Im September 1956 nannten bei einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie noch 53 Prozent der Befragten die Teilung Deutschlands unerträglich (mit einem bemerkenswerten regionalen Gefälle freilich: 84 Prozent in West-Berlin gegenüber 44 Prozent in Süddeutschland), während 32 Prozent (in West-Berlin: 12 Prozent, in Süddeutschland: 38 Prozent) meinten, man habe sich allmählich daran gewöhnt. Wäre es in den fünfziger Jahren, etwa auf Grund von Verhandlungen über Stalins Deutschlandnote vom 10. März 1952, zu einer Wiedervereinigung in den Grenzen von 1945 ge-

kommen, hätte jede deutsche Regierung mit dem starken Protestpotential derer rechnen müssen, die eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze strikt ablehnten. Hätte Adenauer nicht genügend andere Gründe gehabt, entsprechende sowjetische Vorschläge zurückzuweisen – allein die Furcht vor einem radikalen Nationalismus der Heimatvertriebenen wäre ausreichend gewesen, um ernsthaften Verhandlungen über eine Wiedervereinigung lieber aus dem Weg zu gehen¹¹⁾.

Einen allmählichen Bewußtseinswandel bewirkte erst der Bau der Berliner Mauer im August 1961. Die Behauptung, die Westintegration werde zur Wiedervereinigung führen, ließ sich angesichts der buchstäblichen Zementierung der deutschen Teilung kaum noch aufrechterhalten. Von den Berliner Sozialdemokraten um den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt ausgehend, gewann die Ansicht an Boden, daß es ohne eine zumindest faktische Anerkennung der DDR keine menschlichen Erleichterungen für die bislang benachteiligten Deutschen geben könne. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit verlor an Gewicht gegenüber dem Ziel, die Einheit der Nation aufrechtzuerhalten. Diese Maxime lag bereits dem ersten Berliner Passierscheinabkommen vom Dezember 1963 zugrunde. Es war der erste Schritt auf dem Weg zu jener Revision der bisherigen, auf dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik beruhenden Deutschlandpolitik, die in den Ostverträgen der Regierung Brandt – Scheel von 1970 bis 1972 ihren Abschluß fand.

Die politisch brisantesten Elemente der neuen Ostpolitik, die weitgehende Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, waren innenpolitisch nur durchsetzbar, weil sich in den sechziger Jahren ein weithin generationsbedingter Meinungswandel vollzogen hatte. Im November 1987 gab es in Umfragen erstmals eine relative Mehrheit, die bereit war, sich mit der Oder-Neiße-Grenze abzufinden (46 Prozent : 35 Prozent). Die Frage, ob die Bundesrepublik die DDR als Staat anerkennen solle, blieb umstrittener. Zwischen November 1967 und Januar 1971 sank die Zahl der Gegner von 61 auf 46 Prozent; die der Befürworter

¹⁰⁾ Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung. Allensbach (= JÖM), 3 (1958–1964), S. 256 (Flaggenfrage); 5 (1968–1973), S. 525 (Oder-Neiße-Grenze); 2 (1957), S. 323 (Wiedervereinigung gegen Grenzenerkennung); 1 (1947–1955), S. 135 (Meinungen über NS-Führer).

¹¹⁾ Zusammenfassend zu Adenauers Deutschlandpolitik (mit weiterer Literatur) vgl. Josef Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988. Das Umfrageergebnis vom September 1956 findet sich im JÖM, 2 (1957), S. 316. Zu den Parteien vgl. Jörg Gabbe, Parteien und Nation. Zur Rolle des Nationalbewußtseins für die Grundorientierungen der Parteien in der Anfangsphase der Bundesrepublik, Meisenheim 1976.

stieg von 27 auf 42 Prozent. Das eigentliche Plebiszit über die Ostpolitik war die Bundestagswahl vom 19. November 1972, in der die sozialliberale Koalition eine breite Mehrheit erhielt und die SPD, das einzige Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, die stärkste Partei wurde¹²⁾.

Mit der schrittweisen Umorientierung in der Ostpolitik korrespondierend, begann sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre auch das innere Selbstverständnis der Bundesrepublik zu wandeln: Der westdeutsche Staat verabschiedete sich allmählich von der Vorstellung, nur auf Abruf zu existieren, und richtete sich auf Dauer ein. Symptomatisch für das neue Selbstgefühl war bereits das Wort vom „Ende der Nachkriegszeit“, das Bundeskanzler Ludwig Erhard in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1965 prägte. Im Sommer 1967 löste der Publizist Burghard Freudenfeld mit einem Aufsatz unter dem Titel „Das perfekte Provisorium“, der in der katholischen Zeitschrift „Hochland“ erschien, eine lebhaft Diskussions aus. Die Identität der Bundesrepublik mit dem Deutschen Reich, in welchen Grenzen auch immer, schließe die Identität mit sich selbst aus, lautete die Hauptthese. „Dieser Staat ist nicht auf den Anschluß seiner fehlenden Teile (Kernstaat), sondern auf Ergänzung seines Wesens (Teilstaat) angelegt. Es fehlt ihm also nicht ein legitimer Teil seines Geltungsbereichs, sondern die Qualität einer Staatsnation. Er ist ein substantieller, kein geographischer Torso.“ Freudenfeld hielt diesen Zustand für gefährlich und plädierte für die Preisgabe des Provisoriums-Vorbehalts, der die Entwicklung eines bundesrepublikanischen Staatsbewußtseins erschwere: „Man lebt nämlich nicht ohne tiefere Beschädigungen in Surrogaten; die öffentliche Lebenslüge ist für Gemeinschaften nicht weniger gefährlich als für Individuen.“¹³⁾

Zwei eher konservative Politikwissenschaftler gingen begrifflich noch einen Schritt weiter. Hans

Buchheim forderte 1967, „unser Nationalbewußtsein ohne jeden Vorbehalt mit diesem Staat“, der Bundesrepublik, zu identifizieren. Waldemar Besson erklärte es 1970 für nötig, daß die Bundesrepublik auch im Bewußtsein ihrer Bürger als Definitivum anerkannt werde, was die „Entwicklung eines westdeutschen Patriotismus“ voraussetze. Auf sozialdemokratischer Seite riefen derartige Versuche, ein westdeutsches Nationalbewußtsein zu schaffen, scharfen Widerspruch hervor, Helmut Schmidt, damals Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, nannte es 1968 in einem Aufsatz für das „Hochland“ zwar notwendig und legitim, in der Bundesrepublik das Staatsbewußtsein zu stärken. Es wäre aber, fügte er hinzu, „eine riskante Vergewaltigung der Geschichte unserer Nation, auf den Geltungsbereich dieses Staatsbewußtseins auch das Nationalbewußtsein reduzieren zu wollen. Darum wende ich mich gegen die Flucht in die Idylle einer bundesdeutschen Nation.“ Verhalterner fiel der Einspruch des neuen Bundesvorsitzenden der FDP aus. Den Provisoriumscharakter der Bundesrepublik jetzt aufzuheben, schrieb Walter Scheel 1968, ebenfalls im „Hochland“, hieße den Status quo zu bestätigen. „Wir müssen lernen, in der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf Europa ein Provisorium zu sehen. In deutsch-deutscher Perspektive bedeutet dies, daß wir den Provisoriumscharakter der Bundesrepublik nicht länger als Kampfansage an die ‚DDR‘ verstehen dürfen, sondern als in der Verfassung vorausgegebene Aufforderung an alle Deutschen.“¹⁴⁾

Mehrere Faktoren kamen zusammen, die Ende der sechziger Jahre dem Ruf nach einem bundesdeutschen Patriotismus zu einer gewissen Resonanz verhalfen. Erstens blieb der traditionelle gesamtdeutsche Patriotismus, den der stellvertretende Vorsitzende der CDU, Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, seit 1965 neu zu beleben versuchte, auf die konkreten Fragen der deutschen Teilung die Antwort schuldig. Zweitens war es spätestens seit der Rückkehr Charles de Gaulles an

¹²⁾ Vgl. Richard Löwenthal, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, in: ders./Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 604–699; Peter Bender, Deutsche Parallelen. Anmerkungen zu einer gemeinsamen Geschichte zweier getrennter Staaten, Berlin 1989. Zu den Umfrageergebnissen: JÖM, 5 (1968/1973), S. 510, 525.

¹³⁾ Burghard Freudenfeld, Das perfekte Provisorium. Auf der Suche nach einem deutschen Staat, in: Hochland, 59 (1967), S. 421–433 (426, 433). Zur Regierungserklärung Erhardts vgl. Klaus Hildebrand, Von Erhard zur großen Koalition 1963–1969 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4), Stuttgart 1984, S. 160.

¹⁴⁾ Hans Buchheim, Aktuelle Krisenpunkte des deutschen Nationalbewußtseins, Mainz 1967, S. 31; Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 459; Walter Scheel, Falsches Demokratieverständnis, in: Hochland, 60 (1968), S. 365–369 (368); Helmut Schmidt, Bundesdeutsches Nationalbewußtsein?, ebd., S. 558–562 (562). Von sozialdemokratischer Seite später auch: Horst Ehmke, Was ist des Deutschen Vaterland?, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt/M. 1979, S. 51–76 (65).

die Macht klar, daß der von vielen Deutschen erhoffte europäische Bundesstaat einstweilen nicht zu verwirklichen war, die absehbare Zukunft vielmehr von einem „Europa der Staaten“ geprägt werden würde. Drittens setzte eine nachlassende Konjunktur die bewährte „Reserveverfassung des Wirtschaftswunders“ außer Kraft, die bisher mehr als alles andere die Identifikation der Bundesbürger mit ihrem Staat gewährleistet hatte. Die Große Koalition, eine politische Konsequenz der Krise, förderte ungewollt die Radikalisierung an den Rändern des politischen Spektrums. Von rechts wurde die Bundesrepublik durch die Nationaldemokratische Partei, von links durch die Studentenbewegung und die Außerparlamentarische Opposition in Frage gestellt. Eine Modernisierung des bundesdeutschen Selbstverständnisses schien in dieser Situation manchen Autoren am ehesten geeignet, den erschütterten Konsens wiederherzustellen¹⁵).

Einen wirklichen Durchbruch konnten die konservativen Erneuerer jedoch nicht erzielen. Die seit 1969 regierende Sozialdemokratie hielt sich an die von Bundeskanzler Brandt geprägte Formel von den zwei Staaten in Deutschland, die für einander nicht Ausland sein könnten. Ein auf die Bundesrepublik beschränktes Nationalbewußtsein war mit diesem Credo nicht zu vereinbaren. Die Unionsparteien griffen die sozialliberale Ostpolitik vor allem mit nationalen Parolen an, konnten sich also schon aus diesem Grund nicht für einen westdeutschen Patriotismus stark machen. Die Bayerische Staatsregierung klagte gegen den Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR und erstritt am 31. Juli 1973 jenes Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das es allen Verfassungsorganen untersagte, die Wiederherstellung der staat-

lichen Einheit aufzugeben, und sie verpflichtete, in ihrer Politik auf dieses Ziel hinzuwirken. Damit war eine nationalstaatliche Lösung der deutschen Frage in verbindlicherer und restriktiverer Form festgeschrieben, als dies 1949 durch den Parlamentarischen Rat geschehen war. Erreicht hatte dieses Ergebnis dieselbe CSU, deren Vorsitzender, Franz Josef Strauß, sieben Jahre zuvor in einem Interview mit der ZEIT und dann ausführlicher in seinem Buch „Entwurf für Europa“ als erster bundesdeutscher Politiker einem deutschen Nationalstaat – und sei es auch nur in den Grenzen der vier Besatzungszonen – eine klare Absage erteilt hatte¹⁶).

So strittig die Chancen und die Wünschbarkeit eines deutschen Nationalstaates trotz oder gerade auch wegen des Karlsruher Urteils blieben, so bestand doch unter den maßgeblichen politischen Kräften der Bundesrepublik weiterhin Konsens darüber, daß es nur *eine* deutsche Nation gebe. Als die SED 1970/71 die bisher auch von ihr beschworene Einheit der Nation aufgab und nunmehr von der DDR als einem „sozialistischen deutschen Nationalstaat“ und dem „Prozeß der Herausbildung einer sozialistischen Nation“ sprach (so Ulbricht am 17. Dezember 1970), war die Zurückweisung dieser Doktrin in der Bundesrepublik völlig einhellig. Dasselbe galt für die Änderungen, denen die DDR 1974 ihre aus dem Jahre 1968 stammende Verfassung unterzog: Seit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung am 7. Oktober 1974 war die Deutsche Demokratische Republik nicht mehr ein „sozialistischer Staat deutscher Nation“, sondern nur noch ein „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“. Die These von der Herausbildung einer bürgerlichen und einer sozialistischen deut-

¹⁵) Vgl. Eugen Gerstenmaier, *Neuer Nationalismus? Von der Wandlung der Deutschen*, Stuttgart 1965; ders., *Was heißt deutsches Nationalbewußtsein heute?*, in: Hochland, 60 (1967), S. 146–150; ders., *Die Deutschen und ihr Vaterland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 38/67, S. 3–11. Zu der von allem durch Gerstenmaier ausgelösten Debatte vgl. u. a. Manfred Hättich, *Nationalbewußtsein und Staatsbewußtsein in der pluralistischen Gesellschaft*, Mainz 1966; Hans Bolewski (Hrsg.), *Nation und Nationalismus*, Stuttgart 1967; Kurt Sontheimer u. a., *Sehnsucht nach der Nation? Drei Plädoyers*, München 1966; Albrecht Langner, *Nationalismus in der Bundesrepublik. Gegenwartsaspekte der Demokratie*, Köln 1969; Christian Graf v. Krockow, *Nationalismus als deutsches Problem*, München 1970. Den Begriff „Reserveverfassung des Wirtschaftswunders“ entnehme ich einem Diskussionsbeitrag Knut Borchardts auf dem Kolloquium „Handlungsspielräume und Alternativen in der deutschen Staatskrise 1930–1933“ im Historischen Kolleg, München, 23.–26. Januar 1991.

¹⁶) Vgl. *Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts*, Bd. 36, Tübingen 1974, S. 1–36; Franz-Josef Strauß, *Entwurf für Europa*, Stuttgart 1966, S. 50f., 162ff. Strauß' Interview erschien in der ZEIT, Nr. 15 vom 8. 4. 1966. In der politischen Publizistik waren schon früher einem neuen deutschen Nationalstaat Absagen erteilt worden. Vgl. vor allem Karl Jaspers, *Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik*, München 1960. Zur Bedeutung des Grundlagenvertrages vgl. u. a. Wilhelm Bruhns, *Deutsch-deutsche Beziehungen. Prämissen, Probleme, Perspektiven*, Opladen 1982³, S. 30–40. Zu Brandts Formel von den zwei Staaten in Deutschland vgl. Werner Link, *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt. 1969–1974*, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link, *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. V/1)*, Stuttgart 1986, S. 161–282 (166); Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Göttingen 1988, S. 290f.

schen Nation hatte damit auch ihren staatsrechtlichen Niederschlag gefunden¹⁷⁾.

In Frage gestellt wurde der bundesdeutsche Konsens in Sachen Einheit der Nation seit Beginn der siebziger Jahre von einigen Autoren, die Anhaltspunkte für eine zunehmende „Bi-Nationalisierung“ Deutschlands gefunden zu haben glaubten. Unter Berufung auf die Theorie von Karl W. Deutsch, wonach eine Nation vor allem durch eine hohe Innenkommunikation auf allen Gebieten charakterisiert wird, schrieb Lutz Niethammer 1972, die „Bevölkerungen der DDR und der BRD zusammen“ entsprächen diesem Begriff nicht mehr, „wohl aber in wachsendem Maß jede einzeln, wenn auch im Fall der DDR mit einer deutlichen Phasenverzögerung“. In einer Untersuchung über „Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR“ kam Gebhard Schweigler 1973 zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik „auch und vor allem im Bewußtsein ihrer Bevölkerung ein nahezu voll ausgebildeter Nationalstaat“ sei und daß sich, analog hierzu, auch im anderen deutschen Staat „eine Art DDR-Nationalbewußtsein“ entwickelt habe. Eine breitere Öffentlichkeit nahm von diesen Thesen erst mit erheblicher Verspätung, Anfang 1981, Notiz – im Zusammenhang mit der kontroversen Debatte um den Vorschlag des ehemaligen Ständigen Vertreters der Bundesrepublik in der DDR, Günter Gaus, die westdeutsche Seite solle im innerdeutschen Dialog den umstrittenen Begriff „Nation“ besser aus dem Verkehr ziehen¹⁸⁾.

¹⁷⁾ Eine prägnante Zusammenfassung des Verhältnisses der SED zur nationalen Frage findet sich bei Jens Hacker, SED und nationale Frage, in: Ute Spittmann (Hrsg.), Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987, S. 43–64; vgl. ferner ders., Das nationale Dilemma der DDR, in: Boris Meissner/Jens Hacker (Hrsg.), Die Nation in östlicher Sicht, Berlin 1977, S. 40–68; Wilhelm Bleek, Einheitspartei und nationale Frage 1945–1955, in: Der X. Parteitag der SED, 35 Jahre SED-Politik. Versuch einer Bilanz, Köln 1981, S. 87–98; Peter Christian Ludz, Zum Begriff der „Nation“ in der Sicht der SED. Wandlungen und politische Bedeutung, in: Deutschland Archiv (DA), (1972) 5, S. 17–27; Dettmar Cramer, Einheitspartei und Nation, ebd., S. 457–464; Boris Meissner, Die deutsche Nation und das deutsche Volk aus der Sicht der UdSSR und DDR, in: Dieter Blumenwitz/Boris Meissner (Hrsg.), Staatliche und nationale Einheit Deutschlands – ihre Effektivität, Bonn 1984, S. 137–160; Ulrich Neuhäuser-Wespy, Nation neuen Typs. Zur Konstruktion einer sozialistischen Nation in der DDR, in: Deutschland-Studien, 2 (1975) 52, S. 357–365; Gottfried Ziegler, Die Haltung von SED und DDR zur Einheit Deutschlands, Köln 1988.

¹⁸⁾ Vgl. Lutz Niethammer (mit Ulrich Borsdorf), Traditionen und Perspektiven des westdeutschen Staates, Bd. 2: Das Vordringen neuer Kräfte, München 1972, S. 13–107 (72); Erich Kitzmüller/Heinz Kuby/Lutz Niethammer, Der Wandel der nationalen Frage in der Bundesrepublik Deutschland,

Soweit die Bundesrepublik in Frage stand, konnten die Vertreter der These von der „Bi-Nationalisierung“ Belege für ein entwickeltes Staatsbewußtsein ins Feld führen, die sie im Sinne ihrer Prämissen als Nationalbewußtsein deuteten. Zwar schnitten die Bundesdeutschen bei international vergleichend angelegten Untersuchungen über Nationalstolz (Frage: „Sind Sie stolz darauf, Deutscher, Italiener, Franzose usw. zu sein?“) regelmäßig schwach ab, aber es gab durchgängig ein hohes Maß an Zustimmung zum politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik. Was die DDR anging, versuchten die Verfechter der „Bi-Nationalisierungs“-These, allen voran Schweigler, die fehlende empirische Evidenz von Staats- oder gar Nationalstaatsbewußtsein durch höchst subjektive Impressionen und Spekulationen zu ersetzen. Tatsächlich blieb die DDR auch in Perioden relativer Entspannung zwischen Regime und Bevölkerung, etwa in den ersten Jahren nach dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker im Mai 1971, eine von der Bevölkerung nicht legitimierte Parteidiktatur. Das wechselseitige Verhältnis der beiden deutschen Vergleichsgesellschaften konnte infolgedessen nur eine „asymmetrische Beziehung“ sein. Zugespitzt ausgedrückt: In der Bundesrepublik hatte sich eine „Staatsnation“ entwickelt, der nichts fehlte als das offizielle Bewußtsein, eine zu sein. Der DDR hingegen fehlte zur „Staatsnation“ alles außer dem Anspruch der Offiziellen, eine solche zu vertreten¹⁹⁾.

Wenn M. Rainer Lepsius 1968 im Zusammenhang mit der von Burghard Freudenfeld angestoßenen Diskussion von einer „unbestimmten Identität der

in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33/73, S. 3–33, B 34/73, S. 3–31; Gebhard Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, Düsseldorf 1973, S. 99, 195; hieran anknüpfend: Hans Mommsen, Nationalismus und transnationale Integrationsprozesse in der Gegenwart, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/80, S. 3–14; Jürgen C. Heß, Die Bundesrepublik auf dem Weg zur Nation?, in: Neue Politische Literatur, 26 (1981), S. 292–324. Zu der von Gaus durch sein Interview in der ZEIT, Nr. 6 vom 30. 1. 1981, ausgelösten Kontroverse vgl. Hans Mommsen, Aus Eins mach Zwei. Die Bi-Nationalisierung Rest-Deutschlands, in: ebd., Nr. 7 vom 6. 2. 1981; Heinrich August Winkler, Nation – ja, Nationalstaat – nein, in: ebd., Nr. 8 vom 13. 2. 1981.

¹⁹⁾ Zur „asymmetrischen Beziehung“ der beiden deutschen „Vergleichsgesellschaften“ vgl. M. Rainer Lepsius, Die Teilung Deutschlands und die deutsche Nation, in: Lothar Albertin/Werner Link (Hrsg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Festschrift für Erich Matthias, Düsseldorf 1981, S. 417–449 (436); Klaus von Beyme, National Consciousness and Nationalism: The Case of the two Germanies, in: Canadian Review of Studies in Nationalism, 2 (1986), S. 227–248. Zur Identifikation der Bundesbürger mit der Bundesrepublik vgl. u. a. G. Schweigler (Anm. 18), S. 106ff.; Richard Topf u. a.

Bundesrepublik“ gesprochen hatte, so galt das grundsätzlich auch noch für die achtziger Jahre. Eine Umfrage im Juli 1986 erbrachte, daß 37 Prozent der westdeutschen Bevölkerung unter „Nation“ die Bundesrepublik, 35 Prozent die Bundesrepublik und die DDR zusammen verstanden. Ein knappes Viertel hatte einen weiter reichenden Begriff von deutscher Nation: zwölf Prozent rechneten auch die ehemaligen Ostgebiete dazu, elf Prozent sogar alle deutschsprachigen Gebiete. Auf die Frage, ob die Deutschen in der Bundesrepublik und die Deutschen in der DDR ein Volk oder zwei Völker seien, entschieden sich im Frühjahr 1987 78 Prozent für die erste und 21 Prozent für die zweite Lesart. Ein Drittel der Bundesbürger bejahete, zwei Drittel verneinten, daß die DDR für sie Ausland sei. Zum Ziel der Wiedervereinigung bekannten sich auch nach der Ratifizierung der Ostverträge in allen Umfragen große Mehrheiten, die meist um 80 Prozent lagen. Aber nur neun Prozent der Befragten erklärten Mitte 1987, sie rechneten damit, die Wiedervereinigung noch zu erleben; 72 Prozent verneinten die entsprechende Frage. Eine Wiedervereinigung noch in diesem Jahrhundert hielten zur selben Zeit nur acht Prozent für möglich, während 79 Prozent sie ausschlossen²⁰).

Sprachen die Gesamtergebnisse eher gegen als für die These von einem spezifisch bundesdeutschen Nationalbewußtsein, so fallen doch starke, generationsbedingte Unterschiede ins Auge. Von den

Bundesbürgern im Alter von 14 bis 29 Jahren fühlten sich im Jahre 1987 nur 65 Prozent (gegenüber 90 Prozent der über Sechzigjährigen) als Angehörige eines deutschen Volkes. Immerhin 34 Prozent der jungen Bundesbürger gingen von der Existenz zweier deutscher Völker aus. Zwischen 1976 und 1987 empfanden in der Gruppe der über Sechzigjährigen im Durchschnitt 15 Prozent die DDR als einen ausländischen Staat; bei den jungen Bundesbürgern war es gut die Hälfte. Eine Auswertung der entsprechenden Daten im „Deutschland Archiv“ mündete 1989 in die Schlußfolgerung, die DDR werde von einem großen Teil der jungen Generation als fremder Staat mit einer anderen Gesellschaftsordnung und nicht mehr als Teil Deutschlands wahrgenommen. „Dies führt zu einem Abbau des Bewußtseins einer nationalen Gemeinsamkeit und macht stetiger Entfremdung Platz.“²¹)

Aber auch positive Stellungnahmen zur Wiedervereinigung ließen sich nicht ohne weiteres als Beleg des Gegenteils, nämlich eines Gefühls intensiver Verbundenheit mit den Deutschen in der DDR, deuten. Ein vorwiegend älteres, nationalkonservativ gestimmtes Segment der bundesdeutschen Wählerschaft erwartet von den Politikern solche Bekenntnisse. Der Ruf nach der staatlichen Einheit hatte, so gesehen, in erster Linie eine taktische und rituelle Bedeutung. Das galt erst recht für die Beschwörung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, auf die Politiker der CSU – zuletzt noch ihr Vorsitzender, Bundesfinanzminister Theo Waigel, auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover am 2. Juli 1989 – nicht verzichten zu können meinten. Was zählte, war nicht der Realitätsgehalt des Postulats, sondern sein erhoffter innenpolitischer Effekt. Es war ebendiese, bis in die fünfziger Jahre zurückreichende Instrumentalisierung der deutschen Frage, die Kritiker veranlaßte, von der Wiedervereinigung als der Lebenslüge der Bundesrepublik zu sprechen.

Nationalstolz in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, in: Walter Müller u.a. (Hrsg.), *Blickpunkt Gesellschaft*, Opladen 1990, S. 172–190. Zur DDR vgl. u.a. Antonia Grunenberg, *Bewußtseinslagen und Leitbilder in der DDR*, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), *Deutschland-Handbuch. Eine politische Bilanz, 1949–1989*, Bonn 1989, S. 221–338; dies., *Die gespaltene Identität. Gesellschaftliches Doppelleben in der DDR*, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität der Deutschen*, München 1983, S. 210–227; Hermann Rudolph, *Wie sieht das Selbstverständnis der DDR-Gesellschaft aus?*, ebd., S. 193–209. Zum Nationalstolz im internationalen Vergleich: Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher, *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern*, Stuttgart 1987. 1970 waren laut einer Umfrage in sechs Ländern der EG 37 Prozent der befragten Bundesbürger stolz darauf, Deutsche zu sein. Für die anderen Länder lauten die entsprechenden Daten: Niederlande 54, Italien 62, Frankreich 65, Belgien 70, Luxemburg 81 Prozent, ebd., S. 19.

²⁰) Vgl. M. Rainer Lepsius, *Die unbestimmte Identität der Bundesrepublik*, in: *Hochland*, 60 (1967/68), S. 562–569; Gerhard Herdegen, *Perspektiven und Begrenzungen. Eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung zur deutschen Frage. Teil 1: Nation und deutsche Teilung*, in: *DA*, 22 (1989), S. 1259–1273. Zur historischen Perspektive vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Nation und Geschichte. Über die Deutschen und die deutsche Frage*, München 1990, bes. S. 7–86.

²¹) Silke Jansen, *Zwei deutsche Staaten – zwei deutsche Nationen? Meinungsbilder zur deutschen Frage im Zeitablauf*, in: *DA*, 22 (1989), S. 1132–1143 (1139). Zu den demoskopischen Befunden vgl. auch Richard Hilmer, *DDR und deutsche Frage. Antworten der jungen Generation*, in: ebd., 21 (1988), S. 1091–1100; Karl Römer, *Was ist Deutschland?*, in: *Deutschland. Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik. Daten und Fakten zum Nachschlagen*, Gütersloh 1975, S. 10–20. Zur Haltung der jungen Generation vgl. Dieter Boßmann (Hrsg.), *Schüler über die Einheit der Nation. Ergebnisse einer Umfrage*, Frankfurt/M. 1978.

Amtlich wurde der Begriff „Wiedervereinigung“ seit der Ratifizierung der Ostverträge kaum noch verwandt. Wenn sich die staatliche Trennung Deutschlands auf absehbare Zeit nicht überwinden ließ, so doch zu einem Teil deren Folgen. Das war die Devise, von der die sozialliberale Koalition ausging und die nach dem Machtwechsel von 1982 auch die Deutschlandpolitik des christlich-liberalen Regierungsbündnisses prägte. In den jährlichen Berichten zur „Lage der Nation“ war zwar von der „Überwindung der deutschen Teilung“ und der „Verwirklichung der deutschen Einheit“, aber nicht mehr von der „Wiedervereinigung“ die Rede. Auch in der Ansprache, die Bundeskanzler Helmut Kohl am 7. September 1987 anlässlich des Staatsbesuches von Erich Honecker in der Godesberger Redoute hielt, fehlte dieser Begriff²²).

In den achtziger Jahren zeichnete sich somit ein gewisser Konsens ab: Die Ostverträge wurden von den Unionsparteien ebenso als Grundlage der bundesdeutschen Politik akzeptiert, wie die SPD dies ab 1959 im Hinblick auf die Westintegration getan hatte. Helmut Kohl sprach zwar häufig von der Einheit der Nation, fügte aber bereits während des Bundestagswahlkampfes von 1983 hinzu, dies bedeute nach seiner festen Überzeugung keine Lösung des „Zurück in den Nationalstaat einer vergangenen Zeit“. Der Tenor der Deutschlandpolitik blieb unter Kohl derselbe wie unter den Kanzlern Brandt und Schmidt: Da die staatliche Einheit nicht auf der Tagesordnung stand, kam es darauf an, die deutsch-deutschen Beziehungen im Interesse der Menschen so gut wie möglich zu gestalten²³).

Links von der Mitte war die Diskussion über die deutsche Frage mittlerweile weitergegangen. In

²² Vgl. G. Herdegen (Anm. 20), S. 1262. Im Vorfeld des CDU-Bundesparteitags vom Juni 1988 hatte der damalige Generalsekretär der Partei, Heiner Geißler, vergeblich versucht, eine Beschlußvorlage zur Deutschlandpolitik durchzusetzen, in der die Forderung nach staatlicher Wiedervereinigung nicht mehr erhoben wurde. Der vom Parteitag verabschiedete Beschluß beginnt mit einem Zitat Adenauers: „Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit war und ist das vordringlichste Ziel unserer Politik“. Vgl. dazu Karl Feldmeyer, Was zur Ablehnung empfohlen wird, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 134 vom 11. 6. 1988. Zur Rede Waigels siehe den Bericht ebd., Nr. 150, vom 3. 7. 1989.

²³ Vgl. Karl Lamers, Zivilisationskritik, Identitätssuche und die Deutschlandpolitik, in: ders. (Hrsg.), Suche nach Deutschland. Nationale Identität und die Deutschlandpolitik, Bonn 1983, S. 21–59 (das Zitat von Kohl: S. 45). Das Interview mit Kohl erschien in der ZEIT, Nr. 8 vom 18. 2. 1983. Zur Kontinuität der Deutschlandpolitik vgl. Christian Hacke, Von Adenauer zu Kohl: Zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik 1949–1985, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51–52/85, S. 3–22.

der linksliberalen Publizistik, bei den Sozialdemokraten und erst recht bei den Grünen fiel die Absage an einen neuen deutschen Nationalstaat sehr viel deutlicher aus als im Regierungslager; sie wurde zum einen mit dem katastrophalen Scheitern des ersten deutschen Nationalstaates, zum anderen mit der immer deutlicher werdenden Unzulänglichkeit des Nationalstaates als Ordnungsmodell überhaupt begründet. Dazu kam die – rechts von der Mitte kaum je ausgesprochene, in der Praxis indes durchaus beherzigte – Einsicht, daß die Entspannungspolitik auf dem Gleichgewicht zwischen Ost und West und dieses auf der Teilung Deutschlands beruhte²⁴).

An der Entspannungspolitik festzuhalten schien den Sozialdemokraten vor allem deswegen geboten, weil sie in ihr die Bedingung der Möglichkeit weiterer menschlicher Erleichterungen im geteilten Deutschland sahen. Das deutsche Interesse an einem guten Verhältnis zur Sowjetunion war so stark, daß die Bonner Proteste gegen die Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 sehr viel schwächer ausfielen als im übrigen Westeuropa. Egon Bahr, der eigentliche Architekt der sozialdemokratischen Entspannungspolitik, ordnete 1982 den Anspruch der Polen auf Selbstbestimmung dem deutschen Interesse an europäischer Stabilität eindeutig unter und bejahte das Recht der Sowjetunion, gegen einen etwaigen Austritt Polens aus dem Warschauer Pakt gewaltsam vorzugehen²⁵). Den Kampf gegen die „Nachrüstung“ der NATO mit Mittelstreckenraketen, das beherrschende Thema des Bundestagswahlkampfes von 1983, bestritt die SPD mit der Parole „Im deutschen Interesse“.

Die Hinnahme der Zweistaatlichkeit war also durchaus vereinbar mit nationalen, im Grenzfall nationalistischen Positionen. Günter Gaus, der Anfang 1981 noch den Begriff „Nation“ zur Disposition gestellt hatte, erklärte im November desselben Jahres auf einem Parteitag der Berliner SPD, daß Deutschland der „Mittelpunkt unserer Politik“ sein müsse. Im gleichen Monat unterzeichneten einige Sozialdemokraten, die meist auch in der Friedensbewegung aktiv waren, jenen Offenen Brief Robert Havemanns an Leonid Breschnew, in dem der Ost-Berliner Physiker den Abschluß von Friedensverträgen mit beiden deutschen Staaten

²⁴ Vgl. Zum Zusammenhang zwischen der Entspannungspolitik und der Teilung Deutschlands Peter Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas, Berlin 1981, bes. S. 228.

²⁵ Vgl. Egon Bahr, Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Reinbek 1982, S. 23.

und den Abzug aller Besatzungstruppen forderte, um dann wörtlich fortzufahren: „Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann lösen, muß man uns schon selbst überlassen...“ Heinrich Albertz, der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin und einer der ersten Unterzeichner des „Havemann-Briefes“, näherte sich im Streit um die „Nachrüstung“ einem sonst nur im Umfeld der NPD und der „National- und Soldaten-Zeitung“ üblichen Sprachgebrauch: Er bezeichnet die Bundesrepublik als „besetztes Land“²⁶).

Die Kontinuitätslinien des „linken“ Nationalismus der achtziger Jahre lassen sich bis in die frühen fünfziger Jahre zurückverfolgen; im Falle der SPD bis zu Kurt Schumachers Kampf gegen den „Bundeskanzler der Alliierten“, im Falle der evangelisch geprägten Friedensbewegung bis zu Gustav Heinemanns Gesamtdeutscher Volkspartei. Beide bekämpften Adenauers Politik, weil dieser der Westintegration der Bundesrepublik unbedingten Vorrang vor dem Streben nach deutscher Einheit einräumte. Waren die Gegenpositionen Schumachers und Heinemanns noch ganz dem deutschen Nationalstaat verhaftet, so bildete dieser für ihre nationalen „Enkel“ keinen Bezugspunkt mehr. Wohl aber nahmen „deutsche Interessen“ im Denken der Friedensbewegung wie bei Teilen der Nach-Schmidt-SPD einen ähnlich zentralen Platz ein wie bei den Widersachern des ersten Bundeskanzlers. Damit einher ging eine Distanz zum Westen, die, zu Ende gedacht, zu einem Bruch mit dem atlantischen Bündnis, also einem neuen „deutschen Sonderweg“, führen mußte.

Der „Historikerstreit“ der Jahre 1986/87 hat indes deutlich gemacht, daß es auch so etwas gibt wie eine posthume Adenauersche Linke. Die Westbin-

dung der Bundesrepublik ist von kaum einem Autor so emphatisch gerechtfertigt worden wie von Jürgen Habermas in seiner Auseinandersetzung mit Ernst Nolte. Adenauers Skepsis gegenüber einem souveränen deutschen Nationalstaat wurde zunehmend auch von Sozialdemokraten geteilt. Das Bekenntnis zu einem an universalen Werten orientierten „Verfassungspatriotismus“, das Dolf Sternberger 1982 als erster formulierte und das Habermas 1986 aufnahm, wurde zum Erkennungszeichen einer parteiübergreifenden Partei der Antinationalisten²⁷).

Die Deutschen in der DDR wurden durch den „Verfassungspatriotismus“, wie er sich in den achtziger Jahren formierte, nicht ausgeschlossen. Aus dem Grundgesetz ergab sich ja auch der Auftrag, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Daß die Deutschen in der DDR denselben Anspruch auf Freiheit hatten wie die Bundesdeutschen, war prinzipiell ebenso unstrittig wie die Pflicht der Bundesrepublik, auf dieses Ziel hinzuwirken. Die Einheit freilich wurde in den achtziger Jahren immer weniger staatlich oder gar nationalstaatlich verstanden. Das Insistieren auf der staatlichen Einheit Deutschlands erschien vielen sogar als kontraproduktiv, weil es den Gegnern Gorbatschows in Ost-Berlin die Chance eröffnete, sich der Sowjetunion gegenüber als die einzige Alternative zur Wiedervereinigung zu präsentieren und mit ebendiesem Argument grundlegende Reformen zu blockieren. Eine konsequente Demokratisierung der DDR und auf dieser Grundlage eine neue Qualität der deutsch-deutschen Zusammenarbeit: Das war noch im Sommer 1989 das Äußerste an konkreter Utopie, was in der Bundesrepublik und in der DDR diskutiert wurde²⁸).

III. Der unverhoffte Nationalstaat: Perspektiven des Einigungsprozesses

Die friedliche Umwälzung, die sich im Herbst 1989 in der DDR vollzog, wurde möglich, weil die

Sowjetunion die „Breschnew-Doktrin“, die Lehre von der eingeschränkten Souveränität der Staaten

²⁶ Zu diesem Themenkreis vgl. meine beiden ursprünglich in der ZEIT veröffentlichten Artikel: Die Polenkrise als Prüfstein. Streit um die Ostpolitik – oder: Sind die Deutschen Nationalisten?, in: Heinrich Böll u. a. (Hrsg.), Verantwortlich für Polen?, Reinbek 1982, S. 204–212. und: Wohin treibt die SPD?, in: Jürgen Maruhn/Manfred Wilke (Hrsg.), Wohin treibt die SPD? Wende oder Kontinuität sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, München 1984, S. 28–37; ferner Arno Klönne, Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen, Köln 1984, bes. S. 86ff. Die Zitate aus dem „Havemann-Brief“ und von G. Gaus finden sich in: K. Lamers (Anm. 23), S. 28, 36. Zur Rede von G. Gaus vgl. auch den Bericht in der FAZ, Nr. 260 vom 9. 11. 1981. Der „Havemann-Brief“ ist u. a. abgedruckt in der ZEIT, Nr. 48

vom 20. 11. 1981 (S. 14). Selbstzeugnisse des nationalen Denkens von links finden sich in: Wolfgang Venohr (Hrsg.), Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Bergisch-Gladbach 1982, ²⁷ Vgl. Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, in: Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 62–76; Dolf Sternberger, Verfassungspatriotismus, Hannover 1982. Zur sozialdemokratischen Kritik des Nationalstaates vgl. Peter Glotz, Der Irrweg des Nationalstaates, Europäische Reden an ein deutsches Publikum, Stuttgart 1990.

²⁸ Vgl. Heinrich August Winkler, Die Mauer wegdenken, in: DIE ZEIT, Nr. 33 vom 11. 8. 1989.

des Warschauer Paktes, außer Kraft gesetzt hatte. Der Verzicht auf den Interventionsanspruch gab der nationalen Emanzipation dieser Staaten freie Bahn. Als die Sowjetunion sich im Oktober 1989 weigerte, der SED-Führung gegen die immer mehr anschwellenden Straßendemonstrationen in Leipzig und anderen großen Städten der DDR militärisch beizustehen, war der „point of no return“ erreicht. Der Kreml zog mit dieser Entscheidung die Konsequenz aus der Tatsache, daß die DDR sich in einen internationalen Krisenherd zu verwandeln drohte. Eine destabilisierte DDR konnte nicht mehr die geostrategische Funktion erfüllen, die dem zweiten deutschen Staat seit seiner Gründung zugefallen war: Es war das Unterpfand des sowjetischen Anspruchs auf weltpolitische Parität mit den USA. Fast über Nacht trat das ungeschriebene Gesetz außer Kraft, das vier Jahrzehnte lang die große Politik bestimmt hatte: die Maxime, wonach der Friede in Europa auf dem Gleichgewicht der Weltmächte und dieses auf der Teilung Deutschlands beruhte. Indem Moskau die DDR zur Disposition stellte, nahm es Abschied von seinen weltpolitischen Aspirationen und leitete so das definitive Ende der Nachkriegszeit ein²⁹⁾.

Die Straßendemonstrationen in der DDR verfolgten zunächst keine nationalen Ziele. Ihre Forderungen zielten auf das innere Selbstbestimmungsrecht für die DDR, nicht auf die deutsche Einheit. Erst nach der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 wurde der demokratische Sprechchor „Wir sind das Volk“ allmählich durch andere Rufe überlagert: „Wir sind ein Volk“ und „Deutschland einig Vaterland“. Die nationale Parole war das Losungswort der bisher schweigenden Mehrheit, nicht das der aktiven, überwiegend intellektuellen Opposition. Die Parole war erfolgreich, weil sich in ihr bündeln ließ, was die Massen der DDR ausdrücken wollten: negativ ihre Absage sowohl an das gescheiterte System des real existierenden Sozialismus als auch an Versuche, dieses System zu reformieren oder einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus einzuschlagen, positiv ihren Anspruch auf materielle Gleichberechtigung mit den privilegierten Deutschen in der Bundesrepublik³⁰⁾.

²⁹⁾ Vgl. Heinrich August Winkler, Das Ende der Nachkriegszeit, in: Wilhelm von Sternburg (Hrsg.), Geteilte Ansichten über eine vereinigte Nation, Frankfurt/M. 1990, S. 268–276.

³⁰⁾ Zur Entwicklung der Protestbewegung in der DDR vgl. die von der Berliner „Tageszeitung“ herausgegebene Dokumentation: DDR-Journal zur Novemberrevolution: August bis Dezember 1989, Berlin 1990²; DDR-Journal Nr. 2: Die Wende der Wende, Januar bis März 1990. Von der Öffnung des Brandenburger Tores zur Öffnung der Wahlen, Berlin 1990.

Die Umwälzung in Ostdeutschland widerlegte schlagartig alles, was im Westen über die Entwicklung eines eigenen DDR-Nationalbewußtseins geschrieben worden war. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte sich zwar in dem System einzurichten versucht, dieses aber nie legitimiert. Das „DDR-Bewußtsein“ war immer an der Vergleichsgesellschaft Bundesrepublik ausgerichtet und daher von einem Gefühl der Diskriminierung geprägt; „positiv“ artikuliert es sich allenfalls gegenüber ökonomisch weniger entwickelten sozialistischen Gesellschaften wie der polnischen – im Sinne einer kompensatorischen Überhebung. Die Identifikation mit dem System blieb auf die freilich nicht kleine Gruppe von Funktionsträgern beschränkt, deren Dienste mit materiellen und immateriellen Privilegien vergolten wurden. In dem Augenblick, wo die allgegenwärtige Repression nicht mehr wirkte, enthüllte sich die Wirklichkeit: Die Mehrheit hatte die DDR nur insoweit getragen, als sie sie ertragen mußte. Die Chance der Selbstbestimmung wurde genutzt, um diesen Staat zu liquidieren und mit seinem Gebiet der Bundesrepublik beizutreten³¹⁾.

Der Zusammenbruch der SED-Herrschaft hatte aber auch Auswirkungen auf das Selbstverständnis der alten Bundesrepublik. Der Anspruch der Ostdeutschen auf materielle Gleichberechtigung erinnerte die Bundesdeutschen daran, daß nicht sie, sondern die Deutschen in der DDR die eigentlichen Verlierer des Zweiten Weltkrieges waren. Während der vier Jahrzehnte der staatlichen Trennung war dies immer das stärkste Argument zugunsten des Festhaltens am Begriff der deutschen Nation gewesen: Dieser Begriff stand für die Solidarität mit den Deutschen, denen die Hauptlast einer gemeinsamen Vergangenheit aufgebürdet worden war. Mit dem Begriff „Kulturnation“, der traditionell auch Österreich und die deutschsprachige Schweiz einschloß, war dieser spezifischen Dimension des deutsch-deutschen Verhältnisses nicht beizukommen. Die besondere Beziehung zwischen Bundesdeutschen und Deutschen in der DDR ergab sich aus der politischen Geschichte Deutschlands seit der Reichsgründung von 1871. Zu einer abgeschlossenen Episode der deutschen Geschichte hätte der erste Nationalstaat nur werden können, wenn sich die Deutschen in der DDR in freier Selbstbestimmung dafür entschieden hät-

³¹⁾ Vgl. Walter Süß, Revolution und Öffentlichkeit in der DDR, in: DA, 23 (1990), S. 907–921; Helmut Hanke, Identität in der Krise, ebd., S. 1223–1231. Zum „DDR-Bewußtsein“ ferner: Das Profil der Deutschen. Was sie vereint, was sie trennt. SPIEGEL Spezial 1991, Nr. 1, und die in Anm. 19 zit. Literatur.

ten, eine eigene Nation zu bilden. Da sie dies nicht konnten und nicht wollten, fehlte auch der Bundesrepublik das Recht, sie und sich selbst aus der gemeinsamen deutschen Nation zu entlassen.

Mit der Vereinigung der beiden Staaten am 3. Oktober 1990 hörte die Bundesrepublik Deutschland auf, jene „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten“ zu sein, als die sie Karl Dietrich Bracher 1986 bezeichnet hat. Das vereinigte Deutschland ist wieder ein Nationalstaat, und zwar – da es auf seinem Territorium keine ungelösten Nationalitätenprobleme gibt – ein homogenerer als das Reich von 1871. Vom ersten deutschen Nationalstaat trennt den zweiten auch sonst vieles: Er ist, sozusagen a priori, eingebunden in supranationale Zusammenschlüsse wie Europäische Gemeinschaft und NATO und hat von vornherein in bestimmte qualitative und quantitative Beschränkungen seines militärischen Potentials eingewilligt. Vom Idealtyp des klassischen Nationalstaates ist das neue Deutschland mithin weit entfernt. Als funktionsfähige parlamentarische Demokratie ist das vereinte Deutschland auch frei von jenem Erbe des Bismarckreiches, an dem der erste deutsche Nationalstaat letztlich gescheitert ist: der historischen Verschleppung der Freiheitsfrage.

Aber es gibt auch Kontinuitäten zwischen dem ersten und dem zweiten Nationalstaat: Als Bundes-, Rechts- und Sozialstaat steht das vereinte Deutschland in einer Tradition, die älter ist als die 1919 geschaffene Demokratie. Noch augenscheinlicher ist eine räumliche, den Geltungsbereich des Begriffs „deutsche Nation“ bestimmende Kontinuität: Im Jahre 1990 ist nochmals die kleindeutsche Lösung von 1866, der Ausschluß Österreichs, bestätigt worden. Ein noch größeres Deutschland wäre 1871 für das übrige Europa unerträglich gewesen. 1990 war die Festschreibung der Grenzen eines erheblich kleineren deutschen Staatsgebietes eine der Vorbedingungen dafür, daß die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges der Vereinigung Deutschlands zustimmten³²).

Die Lösung der nationalen Frage bedeutet noch nicht, daß der deutsche Nationalismus der Ge-

schichte angehört. Manches spricht dafür, daß es in den neuen Bundesländern ein Reservoir für „nachholenden Nationalismus“ gibt. Langjährige Diskriminierung und fortdauernde Ungleichheit der Lebensverhältnisse könnten bei vielen ehemaligen Bürgern der DDR den Wunsch stimulieren, sich als besonders gute Deutsche zu beweisen. Für die Ablenkung von Aggressionen auf „sekundäre Minderheiten“ wie Gastarbeiter, Asylbewerber und andere in Deutschland lebende Ausländer bietet die frühere DDR einen besonders fruchtbaren Boden, weil sie – anders als die alte Bundesrepublik – keine Gelegenheit hatte, sich allmählich zu einer „multikulturellen Gesellschaft“ zu entwickeln. Rechtsradikale Gruppierungen wie die NPD und die „Republikaner“, die im Zuge der deutschen Vereinigung keine Chance hatten, sich „national“ zu profilieren, könnten aus dieser Konstellation Nutzen ziehen – und neonazistische Jugendgruppen tun dies bereits in vielen Orten Ostdeutschlands³³).

Auch für einen linken Nationalismus gibt es im vereinigten Deutschland gewisse gesellschaftliche Voraussetzungen. Ein nationaler Pazifismus kann an antiwestliche Ressentiments anknüpfen, die in der früheren DDR stärker sind als in Westdeutschland. Gegen die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO bestehen in der Bevölkerung der neuen Bundesländer bis heute Vorbehalte. Die Europäische Gemeinschaft ist für viele neue Bundesbürger ein fernes und abstraktes Gebilde; für die UNO gilt dasselbe. Parolen, die auf einen nationalen Neutralismus oder Isolationismus abzielen, dürf-

Bundesrepublik im Horizont der Einheit. Eine Skizze, ebd., S. 95–102. Zur historischen Verschleppung der Freiheitsfrage in Deutschland vgl. Heinrich August Winkler, Deutschland vor Hitler. Der historische Ort der Weimarer Republik, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1990, S. 11–30. Zur sozialstaatlichen Kontinuität vgl. Gerhard A. Ritter, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1989.

³³) Der Begriff „nachholender Nationalismus“ in Analogie zu Jürgen Habermas, Die nachholende Revolution, Frankfurt/M. 1990. Zum Begriff der „sekundären Minderheit“ vgl. Emerich Francis, Primäre und sekundäre Minderheiten, in: ders., Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie, Berlin 1965, S. 123–140. Zu den politischen und sozialpsychologischen Problemen in der ehemaligen DDR vgl. Konrad Schacht, Chancen und Risiken sozialdemokratischer Politik in einer gesamtdeutschen Gesellschaft, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, (1991) 1: Zukunft der Reformpolitik, S. 25–34. Zur Ausländerfeindlichkeit in der ehemaligen DDR siehe die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Auftrag gegebene Studie des Kölner Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik: Ursachen, Umfang und Auswirkungen von Ausländerfeindlichkeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und Möglichkeiten ihrer Überwindung, Bonn 1991.

³²) Vgl. Karl Dietrich Bracher, Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: ders. u.a., Republik im Wandel (Anm. 16), S. 285–406 (406); Karl-Rudolf Korte, Denken in Lebenszusammenhängen. Die neue Lage der Nation, in: DA, 23 (1990), S. 883–886; ders., Die Folgen der Einheit. Zur politisch-kulturellen Lage der Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/90, S. 29–38; ders., Einheitsfolgen: Die neue Lage der Nation, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Deutschen und die Architektur des europäischen Hauses, Köln 1990, S. 103–110; Hermann Rudolph, Die

ten daher in der früheren DDR mehr Widerhall finden als in der alten Bundesrepublik³⁴).

Aber auch im Westen Deutschlands wird der Souveränitätszuwachs, der mit der Vereinigung Deutschlands verbunden ist, oft weniger als Gewinn denn als Belastung empfunden: Auf das vereinigte Deutschland kommen Entscheidungen und Verpflichtungen zu, die der nur beschränkt souveränen Bundesrepublik vier Jahrzehnte lang erspart geblieben sind. Der Golfkrieg hat Anfang 1991 schlagartig beides deutlich gemacht: die internationalen Erwartungen, die sich an das größer gewordene Deutschland richten, und in Deutschland selbst – bei den Regierenden wie bei den Regierten – eine tiefe Unsicherheit über den neuen Status des Landes als einer der kleineren Großmächte.

Zu Massenbewegungen brauchen weder der rechte Nationalismus noch der pazifistische Kryptonationalismus zu werden. Vieles hängt davon ab, in welchem Tempo das Wohlstandsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland eingeebnet wird. Die bei vielen Bürgern und Politikern der alten Bundesrepublik verbreitete Auffassung, die Herstellung der deutschen Einheit dürfe sich auf den westdeutschen Alltag nicht nennenswert auswirken, ist eher geeignet, die Ungleichheiten zu verfestigen. Eine Mentalität der Besitzstandswahrung, die Kehrseite des über die Jahre hinweg gewachsenen bundesdeutschen „Wir-Gefühls“, gibt es aber nicht nur im Hinblick auf die materiellen Lebensverhältnisse. Sie hat sich auch im Streit um die für die Entwicklung der neuen Bundesländer sehr erhebliche Frage artikuliert, ob Bonn oder Berlin der Sitz von Regierung und Parlament sein soll.

³⁴) Einen guten Einblick in die Mentalität der ostdeutschen Friedensbewegung gibt der Artikel von Johann Michael Möller, *Dem Westen Wege weisen. Wie die Ostdeutschen auf den Golfkrieg reagieren*, in: FAZ, Nr. 32 vom 7. 2. 1991.

Die Entscheidung für Berlin, die der Deutsche Bundestag am 20. Juni 1991 getroffen hat, bedeutet deshalb einen großen Schritt nach vorn im inneren Einigungsprozeß.

Angesichts der deutschen Vereinigung und der Renaissance von Nationalstaaten im östlichen Mitteleuropa deutet vieles darauf hin, daß der Nationalstaat – um den Titel eines inzwischen klassisch gewordenen Aufsatzes von Stanley Hoffmann aus dem Jahre 1968 aufzunehmen – eher obsolet als obsolet ist³⁵). Er scheint wieder zum Regelfall staatlicher Existenz zu werden, während die autoritär verfaßten multinationalen Gebilde sich im Zustand der Auflösung befinden. Doch zu einer Apotheose des Nationalstaates besteht kein Anlaß. Wo es, wie in Mitteleuropa, eine nationalstaatliche Normalität nie gegeben hat, kann es auch keine Rückkehr zu ihr geben. Die Krise des Nationalstaates ist, bei näherem Hinsehen, universal. Für viele Probleme – obenan die der Umwelt und der Sicherung des Friedens – sind nationalstaatliche Lösungen schlechterdings unmöglich, und das Fortschreiten der europäischen Integration läßt sich allenfalls verzögern, aber nicht aufhalten.

Hinter die Europäisierung und Internationalisierung des Denkens, die sich in der alten Bundesrepublik allmählich vollzogen hat, darf es daher ein Zurück nicht geben. Sie ist eine der Errungenschaften der Nachkriegszeit, die es in das vereinigte Deutschland einzubringen gilt.

³⁵) Vgl. Stanley Hoffmann, *Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation-State and the Case of Western Europe*, in: ders. (Ed.), *Conditions of World Order*, Boston 1968, S. 110–163; vgl. ferner Hans Rothfels, *Zur Krise des Nationalstaates*, in: ders., *Zeitgeschichtliche Betrachtungen*, Göttingen 1964², S. 124–145. Eine m. E. allzu positive Einschätzung der gegenwärtigen Renaissance des Nationalstaates findet sich bei Ralf Dahrendorf, *Die Sache mit der Nation*, in: Karl Heinz Bohrer (Hrsg.), *Umbruch*, Sonderheft des Merkur, Stuttgart 1990, S. 823–834.

Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus

Der Zusammenbruch der DDR brachte auch das Ende des bisherigen Kommunismus in Deutschland. Zwar beruft sich die PDS weiterhin auf einige herkömmliche Vorstellungen der KPD, betrachtet diese gegenwärtig aber nicht als ihre einzige Traditionslinie. Bei aller Vieldeutigkeit stellt sie grundlegende Strukturdefinitionen des Kommunismus in Frage. So heißt es in den „Thesen zur Programmatik der PDS“: „Sie gesteht niemandem, auch sich selbst nicht, ein Monopol auf Wahrheit zu. Deshalb lehnt sie auch die Theorie und die Praxis der ‚Partei neuen Typs‘ ab... Die Partei braucht Basisdemokratie und Vertreterdemokratie.“¹⁾

Auch wenn innerhalb der PDS eine „kommunistische Plattform“ wirkt, in der alten Bundesrepublik die DKP als Sekte weitervegetiert (oder wenn kleine Gruppen oppositioneller Kommunisten wie Trotzlisten oder Rechtskommunisten ihre Tradition fortsetzen), so ist doch der „klassische“ deutsche Kommunismus, der seit den zwanziger Jahren in seiner stalinistischen Ausformung in den Organisationen KPD, später SED, SEW sowie DKP existierte, keine politisch relevante Größe mehr; seine Geschichte ist beendet²⁾.

Im Rückblick auf die siebzigjährige Historie des deutschen Kommunismus und seine wechselvollen Phasen sollen einige äußere und innere Faktoren – welche Umstände einst seinen Aufstieg begünstigten und welche Strategien und Strukturen letztlich den Niedergang verursachten – systematisiert wer-

den, um so generalisierend jene Kategorien zu benennen, die sich in der Geschichte des deutschen Kommunismus als maßgeblich erwiesen. Deshalb soll im ersten Teil kursorisch eine historische Rückschau vor allem auf die Herausbildung der KPD in der Weimarer Republik erfolgen und im zweiten Teil dann eine systematische Betrachtung versucht werden.

Ausgangspunkt ist die These, daß der deutsche Kommunismus – seine Strukturen, Mechanismen und sein Führungskorps – bereits in der ersten Republik geprägt wurde; diese Phase ist daher genauer zu skizzieren. Allerdings sind „Aufstieg und Niedergang“ nicht chronologisch zu verstehen, vielmehr ist eine Ungleichzeitigkeit typisch. Die Gründe des Niedergangs sind schon im Aufstieg sichtbar. So wuchs die Mitgliederzahl der KPD von 1919 bis 1932 von 100 000 auf 300 000 und die Zahl ihrer Wähler von 580 000 (1920) auf 6 Millionen. Doch parallel zu diesem quantitativen Aufstieg vollzog sich ein spürbarer qualitativer Niedergang der intellektuellen und programmatischen Bedeutung der Partei – von Rosa Luxemburg zu Ernst Thälmann degenerierte sie politisch. Der Triumph des Mittelmaßes fand seine Fortsetzung dann in der SED. Und auch dort gab es zur gleichen Zeit 1945 bis 1947 nebeneinander stalinistische politische Strukturen, die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD, aber gleichzeitig eine Aufbruchstimmung der Antifaschisten (aus dem KZ oder Exil zurückgekehrt) für ein „besseres Deutschland“ sowie eine liberale Kulturpolitik. Diese Ungleichzeitigkeiten signalisierten in erster Linie die verschiedensten Einflüsse von außen auf die kommunistische Bewegung und erst in zweiter Linie kommunistische Taktik selbst.

Zunächst ist daher festzuhalten: Der deutsche Kommunismus war während der 70 Jahre seiner Existenz von zwei Faktoren determiniert; erstens von den Vorgaben des Weltkommunismus, insbesondere der Sowjetunion, zweitens von der Politik und Realität in Deutschland mit ihren unterschiedlichen Perioden wie Weimarer Republik, NS-Regime und den beiden Teil-Staaten ab 1949.

Überarbeitetes und erweitertes Eröffnungsreferat auf der 24. DDR-Forschertagung am 21. Mai 1991 in Bonn-Röttgen.

¹⁾ Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS, Thesen zur Programmatik der PDS, Ms., o. O. und o. J. (1991), S. 22.

²⁾ Bei den letzten Bürgerschaftswahlen in Hamburg im Juni 1991 kandidierten sowohl PDS/Linke Liste wie DKP. Die PDS erhielt 3 713 Stimmen, d. h. 0,5 Prozent, die DKP gar nur 680 Stimmen oder 0,1 Prozent; vgl. Frankfurter Rundschau vom 4. Juni 1991.

I. Die KPD in der Weimarer Republik

Im Parteiensystem der Weimarer Republik war die KPD nicht konsensfähig: Auf dem äußersten linken Flügel stehend, forderte sie ein „Rätedeutschland“ und die „Diktatur des Proletariats“; sie verwarf den Parlamentarismus und kämpfte gegen sämtliche anderen Parteien. Der Grundwiderspruch der KPD ergab sich indes daraus, daß sie sich einerseits völlig der Kommunistischen Internationale (Komintern) unterzuordnen hatte (als deren Sektion war sie nach den Statuten keine selbständige Partei) und sie damit zunehmend die Vorherrschaft der KPdSU Stalins akzeptierte. Andererseits aber stand die KPD in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und sie repräsentierte radikale Teile der Arbeiterschaft in Deutschland³).

In der revolutionären Phase der Weimarer Republik bis 1923 wurde die um die Jahreswende 1918/19 gegründete KPD von einer kleinen Gruppierung zur Massenpartei, der die Machterringung durch einen „revolutionären Aufstand“ aber mißlang. In ihrer Zusammensetzung war die neue Partei heterogen: Einige hervorragende Marxisten standen zwar an der Spitze, doch viele Funktionäre orientierten sich rasch am Leninismus. Der Zulauf anarchistischer und abstrakt-radikaler Kreise führte außerdem zu putschistischen Tendenzen in ihren Reihen. Die KPD mußte ihren Standort zwischen Sozialdemokratie und Syndikalismus erst finden, wobei aber ultralinke Vorstellungen bis 1933 weiterwirkten.

Kurz nach dem Gründungsparteitag wurden Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches ermordet, die deutschen Kommunisten damit ihrer bedeutendsten Köpfe beraubt. Es kam in der Folgezeit zu erbitterten Differenzen zwischen der Führung unter Paul Levi und den ultralinken Kreisen in der Partei.

Zur Massenpartei wurde die KPD dann Ende 1920. Die Radikalisierung der deutschen Arbeiter, die von den Ergebnissen der Revolution ebenso enttäuscht waren wie über die schlimme materielle Lage erbittert, hatte die USPD gestärkt, deren linker Flügel sich dem Kommunismus näherte. Im Oktober 1920 spaltete sich die USPD, schon im Dezember schloß sich deren linker Flügel mit über 350 000 Mitgliedern, einem funktionierenden Parteiapparat und zahlreichen Tageszeitungen mit der 80 000 Mitglieder zählenden schwachen Parteior-

ganisation der KPD zusammen. Die Vereinigte Kommunistische Partei bekannte sich zur Kommunistischen Internationale, sie erstrebte die Diktatur des Proletariats sowie ein Räte-System in Deutschland und begann, ihre Organisation nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ aufzubauen.

Als Sektion der Komintern unterstand die KPD nicht nur der Führung dieser Weltorganisation, sondern wurde damit auch vom sowjetischen Staat unter Stalin abhängig. Zwar hatte sich bei der Gründung der Komintern 1919 gerade der Delegierte der KPD, Hugo Eberlein (im Auftrag der inzwischen ermordeten Rosa Luxemburg), als einziger gegen die Schaffung der neuen Internationale gewandt, doch war die KPD der Komintern sofort beigetreten. Da der Zustrom zur KPD nach 1920 nicht zuletzt wegen der Sympathie vieler linker Arbeiter zur russischen Revolution, zu Sowjetrußland und zur Internationale erfolgte, spielte das Verhältnis der KPD zur Sowjetunion und zur Komintern in den folgenden Jahren eine zentrale Rolle. Bereits 1921 verursachte die sogenannte Märzaktion (ein von der Komintern mitinszenierter Aufstand in Mitteldeutschland) eine tiefe Krise der KPD, die die Problematik der Abhängigkeit der deutschen Kommunisten von der Komintern und Sowjetrußland erkennen ließ⁴).

Im Herbst 1923 bereitete sich die KPD auf einen revolutionären Umsturz vor, wobei sie sich am Schema der russischen Oktoberrevolution orientierte. Das Exekutivkomitee der Komintern, das EKKI in Moskau, legte einen Aktionsplan fest; dementsprechend organisierte der Militärapparat der KPD den bewaffneten Aufstand. In Sachsen und Thüringen traten im Oktober 1923 Kommunisten in die Regierungen ein. Nach Absetzung des sächsischen Kabinetts durch die Reichsregierung schien der KPD unter Brandler jedoch der Aufstand nicht mehr durchführbar. Nur in Hamburg kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen; der isolierte Aufstand wurde dort aber rasch niedergeschlagen. Damit war die letzte größere militärische Aktion der KPD in Deutschland zusammengebrochen. Der Partei war es nicht gelungen, durch einen Umsturz an die Macht zu kommen. Die KPD wurde bis zum 1. März 1924 verboten.

³) Vgl. zum Forschungsstand Hermann Weber, *Kommunismus in Deutschland 1918–1945*, Darmstadt 1983.

⁴) Vgl. dazu Sigrid Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921*, Frankfurt/M.–New York 1986; außerdem Werner T. Angress, *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923*, Düsseldorf 1973.

Schon seit der Anfangsphase der Weimarer Republik wurde die KPD also zunehmend von der Komintern dirigiert und von der Sowjetunion abhängig. Zugleich steigerte sich ihre Gewalttätigkeit und ihr Radikalismus, allerdings nicht zuletzt deshalb, weil die junge und ungefestigte Republik den Kommunisten auf gleiche Weise entgegentrat.

In der Phase der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924 bis 1928 besaß die KPD politisches Gewicht (100 000 Mitglieder und 3,2 Millionen Wähler 1928), doch blieb die Partei vorrangig mit inneren Auseinandersetzungen beschäftigt. In diesen Jahren kam es zur Wandlung des deutschen Kommunismus, geriet die KPD – wie damals alle kommunistischen Parteien – in die Mühlen der Stalinisierung⁵). Stalin war bei den deutschen Kommunisten bis 1923 weitgehend unbekannt. Schon Mitte der zwanziger Jahre beteiligte sich aber auch die KPD am wachsenden Personenkult um Stalin, den sie dann in allen Phasen praktizierte. So wählte der Parteitag 1927 – was vorher nicht üblich gewesen war – ein (natürlich nicht anwesendes) „Ehrenpräsidium“, in das Stalin, aber ebenso Bucharin u. a. kamen. Auch der letzte KPD-Parteitag 1929 nahm (unter „Bravo und langanhaltendem, stürmischem Beifall“, wie das Protokoll vermerkte) Stalin in das „Ehrenpräsidium“ auf⁶).

Nach seinem 50. Geburtstag verbreitete die KPD 1930 eigens eine Broschüre „J. W. Stalin“, in der Heinz Neumann (später selbst ein Opfer der Stalinschen Säuberungen) die Kommunisten auf Stalin einschwor: Sie müßten „von Stalin lernen, fest zu sein wie Felsen, hart wie Stahl, kühn und siegesgewiß wie der Bolschewismus“⁷).

Doch weitaus schwerwiegender war die parallel mit dem Personenkult einhergehende Stalinisierung des deutschen Kommunismus, die Oktroyierung der von Stalin in der KPdSU und der UdSSR durchgesetzten Strukturen sowie seiner jeweiligen Politik. Die politische Linie der KPD war damals widerspruchsvoll; sie steuerte 1924/25 unter Ruth Fischer, Maslow, Scholem und Thälmann einen ultralinken Kurs, betrieb 1926/27 unter Thälmann und Ernst Meyer eine gemäßigte Realpolitik und

schwankte 1928 unter Thälmann, Remmele und Heinz Neumann erneut um auf ultralinke Positionen. Bei jedem Kurswechsel kam es zu heftigen internen Kämpfen, aus denen stets der Parteiapparat als Gewinner hervorging. Seine Dominanz sowie gezielte Eingriffe der Komintern veränderten die KPD zwischen 1924 und 1929 zu einer stalinistischen Partei.

Dies bedeutete für die KPD den Wandel von einer Partei mit einem hohen Maß an innerer Demokratie in eine disziplinierte Organisation mit strikt zentralisierter Befehlsgewalt. Stalinisierung hieß Veränderung des inneren Aufbaus, Entstehung einer monolithischen, straff durchorganisierten, hierarchischen Partei. In ihr beherrschte die Führungsspitze mit Hilfe des Apparates (vor allem der hauptamtlichen, von der Führung abhängigen Funktionäre) die Mitgliedschaft; die Politik wurde im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU praktiziert. Damit änderten sich Charakter und Funktion der KPD. Aus der von Rosa Luxemburg begründeten radikal-marxistischen Partei wurde die stalinistische Apparatur, eine Hilfstruppe der UdSSR Stalins.

Das ging allerdings nicht ohne heftige innere Auseinandersetzungen und mehrmalige Auswechslung der Leitungskader ab: Von den 16 Spitzenführern (Politbüro, damals Polbüro genannt) der Zeit 1923/24 befanden sich 1929 nur noch zwei in der Führung (Thälmann und Remmele), nicht weniger als elf waren inzwischen aus der KPD ausgeschlossen worden. Von den 252 Funktionären des Führungskorps von 1924 waren 1929 bereits 105 aus der Partei entweder ausgeschlossen oder ausgetreten, nurmehr 95 übten noch Funktionen aus. Von ihnen zu den Reichstagswahlen 1924 nominierten 484 Kandidaten hatte die KPD 1930 nur noch 42 Personen – weniger als zehn Prozent – nochmals aufgestellt. Entsprechend hoch war auch die ständige Fluktuation der Mitgliedschaft⁸).

Durch die Stalinisierung entstand in der KPD der Prototyp des Funktionärs, der jederzeit die (oft wechselnde) „Linie“ mitmachte, der sich freiwillig unterordnete und als „Parteisoldat“ Disziplin übte. Dieser Funktionär war gegenüber dem „Feind“ kämpferisch und einsatzbereit, in der Organisation paßte er sich aber an; seine „Parteidisziplin“ bewies mangelnde Zivilcourage – er war typischer Vorläufer der späteren SED-Kader. Die emotionale, geistige und materielle Abhängigkeit der Funktionäre von der Partei und der Komintern begünstigte zugleich die Durchsetzung der Stalini-

⁵) Vgl. zu den Einzelheiten Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde., Frankfurt/M. 1969.

⁶) Vgl. Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Essen, 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 11; Protokoll der Verhandlungen des XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin-Wedding, 9.–16. Juni 1929, Berlin 1929, S. 12.

⁷) Heinz Neumann, Vorwort in: J. W. Stalin, Hamburg-Berlin 1930, S. 9.

⁸) Vgl. H. Weber (Anm. 5), Bd. 2, S. 51 ff.

sierung. So traten in der KPD an die Stelle von Pluralismus, Selbständigkeit, Diskussion und Autonomie Unterordnung, Gläubigkeit, Disziplin und Kommandoherrschaft. Das unkritische Bekenntnis zu Stalin und seinem „Leninismus“ beinhaltete, dessen Politik uneingeschränkt als unfehlbar zu akzeptieren.

Auf die UdSSR waren die deutschen Kommunisten immer fixiert. Schon im Dezember 1924 hatte ein KPD-Organ, die „Sozialistische Republik“ in Köln, geschrieben, Kommunisten hätten „nur ein Vaterland und eine Heimat, das ist Sowjetrußland“⁹⁾. Thälmann forderte 1929, die KPD benötige eine „feste, militärische“ Disziplin zur „Verteidigung der Sowjetunion“¹⁰⁾. Mit der Behauptung, die UdSSR sei von einem Krieg bedroht, hat die Parteiführung die KPD stets diszipliniert. In der „geschlossenen Sitzung“ des XII. Parteitages 1929 – deren Reden im veröffentlichten Protokoll nicht abgedruckt und daher bislang unbekannt waren – stellte Thälmann die angebliche Kriegsgefahr in direkte Verbindung mit der Bekämpfung der innerparteilichen Opposition: „Wenn es zutrifft, daß die Kriegsgefahr sich mit jedem Tag zuspitzt, wenn wir uns vorbereiten müssen auf den Überfall der imperialistischen Mächte, dann muß es klar sein, daß die Partei gefestigt sein muß gegen alle Feinde.“ Dabei zog er die Linie zu seiner kurzzeitigen Absetzung im September 1929 (im Zusammenhang mit einer Unterschlagung, der sogenannten Wittorf-Affäre) durch Aktivitäten oppositioneller Gruppen der „Rechten“ und der „Versöhler“: „Nehmen wir nur den 26. September 1929. War nicht der Klassenfeind in unsere Organisation eingedrungen, hatten wir nicht vorübergehend die Partei dem Gegner ausgeliefert...?“¹¹⁾ Zur Durchsetzung der „militärischen Disziplin“ diene also „ideologischer Terror“, d. h. jede Kritik an der UdSSR, der KPdSU, vor allem an der Stalin-Führung galt als „Abweichung“, als konterrevolutionär, klassenfeindlich, als Unterstützung der „Kriegstreiber“.

Die stalinistische KPD trug dann von 1929 bis 1933 durch ihre ultralinke Politik und die Spaltung der Arbeiterbewegung ungewollt zum Sieg Hitlers bei. Mit der Weltwirtschaftskrise wuchs der Zulauf zur KPD (1928: 130 000 Mitglieder und 3,2 Millionen Wähler, 1932: etwa 300 000 Mitglieder und sechs

Millionen Wähler). Gestützt auf verwirrende Faschismus-Theorien (alle Nichtkommunisten – selbst „Abweichter“ unter den Kommunisten –, zumal aber die Sozialdemokraten wurden als Faschisten denunziert), praktizierte die KPD eine gezielt destruktive Politik. Ungeachtet der heraufziehenden Gefahr des Nationalsozialismus bekämpfte die KPD – den Komintern-Weisungen folgend – die SPD als ihren „Hauptfeind“ („Sozialfaschismus“-These). Sie leugnete den prinzipiellen Unterschied zwischen Weimarer Republik und Hitler-Faschismus und unterschätzte die NSDAP bis zuletzt als eine unter anderen gegnerischen Parteien. Schließlich betrieb die KPD auch eine Spaltung der Gewerkschaften. Die KPD konnte sich trotz dieses Verhaltens in der Weimarer Republik vor allem durch ihr Engagement für die verelendeten unteren Schichten zur drittstärksten deutschen Partei entwickeln. Aber die Anbindung an die Komintern und damit ihre Festlegung auf die Politik Stalins hat 1933 wesentlich zu ihrer Zerschlagung beigetragen.

Die ultralinke Politik der KPD-Führung war zeitweise erfolgreich, weil sich das Heer verzweifelter Arbeitsloser ständig vergrößerte und viele radikalisierte Menschen ihre Hoffnung nuremehr auf diese Partei setzten. Viel schwerwiegender war aber die Tatsache, daß die der Sozialdemokratie gegenüber feindselige Politik der KPD den Riß innerhalb der Arbeiterbewegung vertiefte. Dabei vollzog ihr Politbüro unkritisch jede Weisung Stalins. Typisch dafür war, daß die KPD-Leitung entgegen vorherigen Bedenken auf Anordnung der Komintern und somit Stalins im Juli 1931 einen Volksentscheid – sogar gemeinsam mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten – gegen die sozialdemokratisch geführte Regierung Preußens mitrug und 1932 wiederum gemeinsam mit den Nationalsozialisten in Berlin einen größeren Streik der Straßenbahner organisierte. An ihrer verhängnisvollen Generallinie hielt die KPD-Spitze trotz einzelner taktischer Varianten bis 1933 fest¹²⁾.

Erleichtert wurde der Partei dies durch die Staatsmacht, die gegen die Kommunisten härter vorging als gegen die für die Republik weit gefährlicheren Nationalsozialisten. Polizeiaktionen gegen die KPD (allein 1932 über tausend) waren damals ebenso an der Tagesordnung wie das häufige Verbot kommunistischer Zeitungen. In den letzten drei Jahren der Republik wurden 170 Kommuni-

⁹⁾ Sozialistische Republik vom 10. Dezember 1924.

¹⁰⁾ Protokoll 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Juli 1929, Hamburg-Berlin o. J. (1929), S. 560.

¹¹⁾ Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv, I 1/26, Bl. 506 f. (Geschlossene Sitzung des XII. Parteitages der KPD 1929).

¹²⁾ Vgl. dazu Hermann Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929 bis 1933, Düsseldorf 1982.

sten von der Polizei erschossen. Die einseitige Haltung der Justiz war offensichtlich; sie war Klassenjustiz gegenüber den Kommunisten. Solche Umstände haben die Kommunisten weiter radikalisiert. Selbst die unsinnige und verheerende These der KPD-Führung: „Brüning hat eine absolute Diktatur eingerichtet wie sie die Nationalsoziali-

sten nicht absoluter schaffen können“¹³⁾, wurde nun von den Mitgliedern der Partei kritiklos akzeptiert. So gerieten nicht nur Führung und Funktionäre der KPD, sondern auch Mitglieder und Anhänger in einen immer schärferen Gegensatz zum Staat von Weimar, von dem sich große Teile der Arbeiterschaft entfremdeten.

II. Die KPD im Widerstand

Der Widerstand gegen Hitler forderte von den deutschen Kommunisten die größten Blutopfer, doch ihr Kampf gegen die NS-Gewaltherrschaft zeigte nur geringe Wirkung. Die Hitlerdiktatur hatte die deutschen Kommunisten von allen politischen Gruppierungen am frühesten verfolgt. Tausende ihrer Funktionäre und Mitglieder verloren von 1933 bis 1945 ihr Leben; sie wurden hingerichtet, in Konzentrationslagern ermordet, angeblich „auf der Flucht erschossen“ oder in den Selbstmord getrieben. Nach realistischen Berechnungen wurden bereits 1933/34 60 000 Kommunisten inhaftiert; 1935 verhafteten die NS-Staatsorgane 15 000 kommunistische Widerstandskämpfer. Insgesamt befanden sich nach Angaben der früheren SED-Geschichtsschreibung von den rund 300 000 KPD-Mitgliedern des Jahres 1932 etwa 150 000 mehr oder weniger lange in Haft. Bereits in den beiden ersten Jahren des NS-Regimes wurden etwa 2 000 deutsche Kommunisten ermordet; bis Kriegsende soll deren Zahl auf 20 000 gestiegen sein¹⁴⁾.

Die brutale Unterdrückung der deutschen Kommunisten, ihre Verfolgung nach 1933 hat diese Bewegung auf zweierlei Weise geprägt: Aus ihrer politischen Minderheitenposition in der Weimarer Republik geriet sie in Hitler-Deutschland in die Rolle des erbarmungslos verfolgten Außenseiters. Nicht zuletzt dadurch wurde die nationale Identität der deutschen Kommunisten (anders als etwa bei den französischen Kommunisten) gestört

und statt dessen die emotionalen Bindungen an die Sowjetunion verstärkt. Zum anderen entwickelte sich aus dem Haß auf den Faschismus ein militanter Antifaschismus, der eine ideologische Grundlage der KPD bildete. Indes war selbst der Antifaschismus der Parteidisziplin untergeordnet: Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 rief bei den deutschen Kommunisten zwar einen Schock hervor, doch die überwiegende Mehrheit der kommunistischen Emigranten paßte sich auch dieser Politik an. Die bitteren Erfahrungen mit der NS-Gewaltherrschaft haben der kommunistischen Politik dann vor allem nach 1945 ihren Stempel aufgedrückt.

Aber selbst diejenigen deutschen Kommunisten, die vor Hitler in die Sowjetunion flüchten konnten, wurden verfolgt; sie gerieten in die blutigen Säuberungen Stalins. Von den führenden politischen Emigranten kamen dort über 60 Prozent ums Leben. Nicht wenige wurden nach dem Hitler-Stalin-Pakt den Nazis ausgeliefert. Es war die besondere Tragik dieser Kommunisten, daß sie von „eigenen“ Leuten, von sowjetischen Sicherheitsorganen, verhaftet, gefoltert und oft auch ermordet wurden. Von der obersten Spitzenführung der KPD, dem Politbüro, fielen sogar mehr Personen den Stalinschen Säuberungen zum Opfer als dem Hitler-Terror¹⁵⁾.

Diese stalinistischen Verfolgungen – und ebenso die später innerhalb der SED – vollzogen sich nach dem Schema, das sich bereits in der Weimarer Republik während der innerparteilichen Auseinandersetzungen – dem Kampf gegen „Abweichler“ – abgezeichnet hatte.

¹³⁾ Hunger-Diktatur in Brüning-Deutschland. Zur IV. Notverordnung, hrsg. vom ZK der KPD, o. O. und o. J. (Berlin, Ende 1931), S. 14.

¹⁴⁾ Vgl. Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 525.

¹⁵⁾ Vgl. Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt/M. 1990².

III. Die SED als Hegemonialpartei

Im Jahre 1945 konnte die KPD als erste Partei wieder an die Öffentlichkeit treten und trotz großer personeller Verluste die Organisation rasch aufbauen. Nun erhielt sie die Möglichkeit, mit anderen Parteien zu kooperieren – nicht nur, weil sich Kommunisten im Widerstand als Antifaschisten ausgewiesen hatten, sondern auch, weil die KPD offiziell ihre Programmatik änderte und sich 1945 für die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie einsetzte¹⁶⁾.

Sowohl die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED in der SBZ als auch eine erneute Stalinisierung des deutschen Kommunismus mit Beginn des Kalten Krieges führten zu seiner getrennten Entwicklung: In der DDR übte die SED als Hegemonialpartei die Diktatur aus, in der Bundesrepublik war die KPD isoliert und wurde 1956 verboten.

Die SED als herrschende Partei ließ den gleichen Widerspruch erkennen wie einst die alte KPD: Theorie und Praxis befahl letztlich die KPdSU, aber den Alltag der Partei prägten weitgehend die realen Zustände in Deutschland. Hier können die einzelnen Etappen der Entwicklung des deutschen Kommunismus nach 1945 nicht näher behandelt werden¹⁷⁾. Als wesentlich bleibt festzuhalten, daß sich nach einer Periode des Aufstiegs schon bald sein Niedergang abzeichnete, der lediglich von der Machtfülle der SED im Staat überdeckt wurde. Aufstieg und Niedergang sind auch in den einzelnen Phasen der SED-Geschichte nachzuweisen:

1. Als sozialistische Massenpartei von 1946 bis 1948 erfaßte die Einheitspartei rund zwei Millionen Mitglieder (16 Prozent der erwachsenen Bevölkerung). Die Kommunisten hielten sich vorerst formal an die Zugeständnisse, die sie den Sozialdemokraten bei den Vereinigungsverhandlungen gemacht hatten: keine Festlegung auf den Leninismus, keine Übernahme des sowjetischen Modells, aber Bekenntnis zu einem besonderen deutschen und demokratischen Weg zum Sozialismus. Mit dem Anspruch vom antifaschistischen Neuaufbau stieg die SED zu einer starken Organisation auf.

¹⁶⁾ Vgl. Werner Müller, *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)*, in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990, S. 440 ff.

¹⁷⁾ Vgl. zum Forschungsstand Hermann Weber, *Die DDR 1945 bis 1986*, München 1988, S. 105 ff.

In der praktischen Politik der SED jedoch setzten sich die Kommunisten mehr und mehr mit ihrer Ideologie und ihren Organisationsprinzipien durch. Als die Sowjetunion nach Ausbruch des Kalten Krieges 1947/1948 in den von ihr beherrschten Ländern offen die Stalinisierung forcierte (kommunistischer Putsch in Prag, Kominformresolution gegen Jugoslawien und den „Titoismus“), war in der SED der Umformungsprozeß zur kommunistischen Kaderpartei unter sowjetischer Vormundschaft schon in vollem Gange. Immerhin hatte bereits die 8. Tagung des Parteivorstandes der SED im Januar 1947, als die Partei offiziell noch nicht auf Lenin und Stalin eingeschworen war, des Todestages Lenins gedacht. Anton Ackermann führte in seiner Gedenkrede u. a. aus: „Der Weg ist für dieses Land (die UdSSR, d. V.) klar, Lenin hat ihn aufgezeigt und Stalin setzt sein Werk fort.“¹⁸⁾ Ende 1947 warnte Pieck dann vor einer „Überhandnahme politischen Agententums und Versuche, in Parteien einzudringen“¹⁹⁾ und hat so bereits damals Säuberungen signalisiert.

2. Die Periode der Stalinisierung der SED 1948 bis 1955, in der die SED in eine „Partei neuen Typus“ nach dem Vorbild der KPdSU umgewandelt wurde, brachte die Übertragung des sowjetischen Modells auf die DDR. Den Ländern Osteuropas und der SBZ/DDR wurde, zum Teil mit Hilfe blutiger Säuberungen (Rajk-Prozeß in Ungarn, Kostoff-Prozeß in Bulgarien, Slansky-Prozeß in der Tschechoslowakei), das stalinistische System aufgezwungen. Aus der SED wurden 150 000 Mitglieder ausgeschlossen und Schauprozesse vorbereitet. Nach dem Slansky-Prozeß in Prag beschloß das Politbüro der SED auf seiner Tagung am 25. November 1952: „Aus den Rundfunkmitteilungen über den Prozeß gegen das imperialistische Verschwörerzentrum in der Tschechoslowakei geht hervor, daß Paul Merker, Eisler, Schrecker und andere Verbindungen hatten. Das Politbüro beauftragt die Organe der Staatssicherheit, unverzüglich die Untersuchung darüber durchzuführen.“²⁰⁾ Die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ ist damals in eine kommunistische Kaderpartei verwandelt worden. In ihr galt der „Sozialdemokratis-

¹⁸⁾ Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), Zentrales Parteiarchiv, IV 2/17.

¹⁹⁾ IfGA, Zentrales Parteiarchiv, Nachlaß Pieck, NL 36, 739, Bl. 25.

²⁰⁾ IfGA, Zentrales Parteiarchiv, J IV 2/2/249. (Protokoll Nr. 149/52 des Politbüros des Zentralkomitees am 25. November 1952), Bl. 3.

mus“ als ein politisches Verbrechen und das frühere Bekenntnis zum „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ wurde nun als antisowjetische Abirrung gebrandmarkt.

Mit der Gründung der DDR im Oktober 1949 erhielt die SED schrittweise die Staatsgewalt von der sowjetischen Besatzungsmacht. Die durch Stalins Tod im März 1953 und den Aufstand vom 17. Juni 1953 ausgelöste Krise verunsicherte die SED-Führung zwar vorübergehend, ließ aber die stalinistischen Strukturen im Kern unversehrt. Ulbricht nutzte die Krise sogar aus, um sich seiner Widersacher (Herrnstadt, Zaisser, Ackermann u. a.) zu entledigen und seine Macht zu festigen.

Der Kalte Krieg und die Instabilität des Regimes (die der 17. Juni 1953 gezeigt hatte) brachten aber auch eine stärkere Bindung vieler Funktionäre an das System. Schließlich mußte für sie ein Untergang der DDR nicht nur die erstrebte neue Gesellschaft, sondern auch die schon erreichten eigenen Positionen und Privilegien gefährden.

3. In der Zeit von 1956 bis 1961 bremste die Ulbricht-Führung jede Entstalinisierung. Als Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 mit seiner Geheimrede über Stalins Verbrechen die Entstalinisierung einleitete, traf dies die unvorbereitete SED wie ein Schock. Auch jetzt versuchte Ost-Berlin noch, die Kritik an Stalin auf das Unumgängliche zu beschränken und die Diskussion auf Wirtschaftsprobleme abzulenken, um der Auseinandersetzung über eigene stalinistische Machenschaften auszuweichen. Doch mit der Rückendeckung des „Tauwetters“ in der Sowjetunion, ermutigt durch radikale antistalinistische Ansätze in Polen und in Ungarn, wuchs in der SED die Opposition gegen den Ulbricht-Kurs. Unter Intellektuellen (Harich-Gruppe), aber auch in der Parteiführung (Schirdewan und Wollweber) bildeten sich Gruppierungen, die eine Abkehr vom Stalinismus und die Ablösung Ulbrichts forderten sowie neue Konzeptionen eines „dritten Weges“ diskutierten. Nach der Niederschlagung der Ungarischen Revolution durch sowjetische Panzer im November 1956 gelang es Ulbricht erneut, die Oppositionsströmungen durch Verhaftungen und Maßregelungen ihrer Anführer zu beseitigen und seine eigene Position nochmals zu stabilisieren.

4. Die Spätphase der Herrschaft Ulbrichts von 1961 bis 1971 erwies sich nach dem raschen Ende einer ökonomischen Initiative („Neues Ökonomi-

ches System der Planung und Leitung“) 1963 bereits als ein weiterer Abschnitt des spürbaren Niedergangs in der Geschichte der SED. Nicht einmal das Ziel, das System funktionstüchtig zu machen, wurde erreicht. Die Abriegelung der DDR durch den Mauerbau 1961 – eine Bankrotterklärung des Stalinismus – verhalf der SED zu einer den anderen osteuropäischen kommunistischen Parteien vergleichbaren Lage: Die Grenzen waren jetzt gesperrt, damit die Massenflucht unterbunden, die eingeschlossene Bevölkerung mußte sich arrangieren. Nach der Zerschlagung demokratischer Ansätze im Kommunismus – in der ČSSR 1968 – erfolgte auch in der DDR eine Stagnation des deutschen Kommunismus und setzte sich sein unaufhaltsamer Niedergang fort.

5. Ideologisch orientierte sich ab 1971 die Honecker-Führung zunächst wieder stärker an der KPdSU. Ulbrichts Sonderthesen wurden revidiert, die Hegemonie der sowjetischen Partei wieder voll akzeptiert. Aufgrund ideologischer Aufweichungserscheinungen forderte Honecker die strikte „Abgrenzung“ von der Bundesrepublik. Es gab keinerlei Einschränkung der „führenden Rolle“ der SED; die Partei konnte ihre Dominanz auf allen Gebieten eher noch erweitern.

Aus den vielfältigen ideologischen und organisatorischen Problemen der SED im „realen Sozialismus“ ergaben sich mehrmals wechselnde Konzeptionen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik und daraus resultierten sowohl personelle als auch strukturelle Veränderungen innerhalb der Partei selbst²¹⁾. Der DDR fehlte vierzig Jahre lang die breite Unterstützung durch die eigenen Bürger. Die Hegemonie der SED beruhte immer auf den Instrumenten der Macht des Staates, aber vor allem auf der Bestandsgarantie durch die Sowjetunion.

In der alten Bundesrepublik, in der die KPD in den ersten Jahren regional noch beachtlichen Wählereinfluß besaß (1947 in Nordrhein-Westfalen 15 Prozent), ging die Mitgliederzahl und ebenso der Wähleranteil (Bundestagswahl 1949 5,7 Prozent, 1953 zwei Prozent) der Kommunisten radikal zurück; die Partei war schon vor ihrem Verbot 1956 zu einer Sekte geschrumpft.

²¹⁾ Vgl. Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung*, Köln-Opladen 1968, S. 26 ff.

IV. Kategorien des Aufstiegs und Niedergangs des deutschen Kommunismus

Als maßgebliche Rahmenbedingungen für Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus sind neben Krisen und Stagnation in Deutschland deutlich die Vorgaben der Komintern bzw. der Sowjetunion zu erkennen. Außerdem lassen sich die zentralen Kategorien und Strukturdefekte, die in der Geschichte des deutschen Kommunismus bestimmend waren und seine Stärken wie Schwächen erklären, systematisch nachweisen:

1. Der Radikalismus

Der deutsche Kommunismus entstand, als im und nach dem Ersten Weltkrieg radikale Kreise sich von der Sozialdemokratie abspalteten. Radikalismus prägte so schon den Beginn der kommunistischen Bewegung. Das Ziel – die sozialistische Gesellschaft – wollte sie mit revolutionären Mitteln, durch Radikalität erreichen. Daß jedoch solche linksradikalen Tendenzen untauglich für die praktische Politik waren, kritisierte Rosa Luxemburg schon auf dem Gründungsparteitag der KPD am 30. Dezember 1918, als sie bei der Diskussion über die Wahlbeteiligung der Mehrheit der Delegierten zurief: „Ich habe die Überzeugung, Ihr wollt Euch Euren Radikalismus ein bißchen bequem und rasch machen...“²²⁾. Daß mit Radikalismus zwar in Krisenzeiten Anhänger zu gewinnen waren, aber damit keine dauerhafte Politik zu gestalten sei, bestätigte Curt Geyer in seiner Analyse schon 1923: „Er ist der Ausfluß der Ungeduld der Massen, die nicht auf allmähliches Wachsen von Organisationen und Wahlstimmen und allmählich sich auswirkende Ergebnisse parlamentarischer Reformarbeit warten wollen, sondern durch Willen und Ungestüm und Gewalt glauben, in der Gegenwart für die Gegenwart alles erreichen zu können.“ Und Geyer folgerte daraus: „Der Radikalismus ist daher eine äußerst labile Bewegung. Er hängt ab von der momentanen Lage und Stimmung der Massen.“²³⁾

Jeder Umschwung der Massenstimmung wirkte auf die Organisation und Politik der KPD zurück. Die politischen und ökonomischen Krisen der Weimarer Republik sowie deren Unfähigkeit, breite Kreise der Arbeiterschaft in den Staat zu integrieren, förderten die Radikalisierung von Arbeitern und vor allem Arbeitslosen und machten die KPD zur

Massenpartei. Indessen hat andererseits deren Radikalismus verhindert, daß die KPD in der von ihr umworbenen Arbeiterschaft und erst recht in der Bevölkerung mehrheitsfähig oder auch nur koalitionsfähig wurde, denn die Mehrheit der Arbeiter lehnte ihn ab und blieb bei der SPD.

In der Politik der KPD führte der generelle Radikalismus zu Schwankungen zwischen ultralinken Positionen und realpolitischen Ansätzen. Obwohl schon 1920 als „Kinderkrankheit“ theoretisch verworfen²⁴⁾, diente der Radikalismus doch als Basis einer ultralinken, abenteuerlichen KPD-Politik, die dann ab 1930 zum Untergang der Partei entscheidend beitrug. Arthur Rosenberg hat hier das Kernproblem der KPD gesehen: „Die KPD betrieb seit 1928 eine lärmende Agitation, die ganz auf die Bedürfnisse utopisch-radikaler Erwerbsloser eingerichtet war. Den Arbeitern im Betrieb, die doch immerhin auch noch existierten, den Angestellten, den Intellektuellen und Mittelschichten bot die Partei nichts. Mit wachsender Arbeitslosigkeit gewann die KPD einen gewissen Anhang unter Erwerbslosen, die vor allem wünschten, daß ihr Elend laut in die Welt hinausgeschrien wurde. Aber das ist keine Grundlage, auf der die Revolution durchgekämpft und ein sozialistisches Gemeinwesen errichtet werden kann.“²⁵⁾

Neben dem Dilemma, als deutsche Arbeiterpartei sowjetische Interessen vertreten zu wollen und zu müssen, zeigte sich noch ein zweiter Grundwiderspruch: Als Massenpartei konnte die KPD ja nicht nur eine verbalradikale Revolutionsideologie vertreten, sie mußte außerdem praktische Tagespolitik betreiben. Dieser immanente Kontrast bestimmte immer wieder die Situation der KPD. Aber die Partei suchte ihre Identität im Radikalismus; Kompromißlosigkeit galt als politische Tugend, die radikale Haltung des Alles oder Nichts schien allein angemessen. So blieb auch die Abgrenzung von der SPD gewahrt, auf die die deutschen Kommunisten als ihre Konkurrenz und Gegnerin stets fixiert waren. Sie verstand sich als eine revolutionäre Partei, also als eine Bewegung, die „für das Morgen existiert“²⁶⁾. Opponierende

²²⁾ Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, hrsg. von Hermann Weber, Frankfurt/M. 1969, S. 99.

²³⁾ Curt Geyer, Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch, Jena 1923, S. 62.

²⁴⁾ Lenins Schrift gegen die ultralinken Kommunisten erschien in der deutschen Übersetzung mit dem Titel: Der »Radikalismus«, die Kinderkrankheit des Kommunismus, Leipzig 1920.

²⁵⁾ Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1955, S. 467.

²⁶⁾ Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932, S. 89.

Jugendliche und kämpferische Geister, die nicht resignieren wollten, dachten, in der KPD ihre politische Heimstätte zu finden. Selbstbewußte Arbeiter, die nicht nur für materielle Besserungen eintraten, sondern in erster Linie nach gesellschaftlicher Gleichberechtigung und Anerkennung ihrer Menschenwürde verlangten, wurden von dem klassenkämpferischen Auftreten und den programmatischen Zielen der KPD angezogen. In den dreißiger Jahren sahen auch progressive Intellektuelle, Künstler und Schriftsteller die Kommunisten als einzige Alternative zur Gefahr des Faschismus.

Neben der Nachahmung des sowjetischen Ideals widerspiegelte der Radikalismus der KPD die deutsche Realität. Waren doch – anders als etwa in England – weder demokratische Verhaltensweisen noch Kompromißfähigkeit im Kaiserreich eingeübt oder praktiziert worden, und sie galten dann auch in der Weimarer Republik nicht als positive Eigenschaften.

Noch krasser zeigte sich die politische Labilität des Radikalismus nach 1945. Die KPD lehnte ihn zwar (wie später die SED) offiziell ab, doch er schlug in ihrer Politik immer wieder durch. Daraus ergab sich eine Isolierung der Kommunisten; diese Distanz verstärkte den Gegensatz zwischen ihnen und der Mehrheit der Bevölkerung. Mit der Stalinisierung der KPD und später der SED war dann die Machteroberung und Machterhaltung in den Mittelpunkt gerückt und damit „Radikalismus“ auf die Ausübung staatlicher Gewalt konzentriert worden.

2. Die Gewalt

In den Jahren des Ersten Weltkrieges war blutige Gewalt gerechtfertigt und belohnt worden; nach dem Krieg schien sie nun auch als Mittel der Politik selbstverständlich und wurde alltäglich. Die Kommunisten, die sich an der gewaltsamen russischen Revolution und dem russischen Bürgerkrieg orientierten, heroisierten Gewalt als „notwendige“ politische Maßnahme. Im „Spartakus-Programm“ der KPD von 1918 hatte Rosa Luxemburg noch geschrieben, die proletarische Revolution bedürfe keines Terrors, sie sei „kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln“; zugleich aber sollte „der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution“ die „revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt“ werden²⁷). Und auch 1923 beabsichtigte die KPD,

„mit diktatorischer Gewalt alle Widerstände der Gegenrevolution“ niederzuschlagen²⁸).

Vor allem mit der Stalinisierung des Kommunismus wurde bei dessen Anhängern ein undifferenziertes Freund-Feind-Schema bestimmend. Die Militanz steigerte sich, Organisationen wie der „Rote Frontkämpferbund“ zeigten eine Militarisierung der Bewegung, die auch nach dessen Verbot 1929 weiterging und noch nach 1945 prägend blieb. Auch die Komintern bekannte sich eindeutig zur Gewalt. In ihrem Programm von 1928 wurde die „entschlossene Anwendung der Gewalt des Proletariats“, die „gewaltsame Vernichtung der bürgerlichen Macht“ als notwendiges Vorgehen proklamiert²⁹).

Schließlich hatten nicht nur das russische Vorbild, sondern auch die praktischen Revolutionserfahrungen in Deutschland nach 1918, die gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen auf der Straße ab 1930, vor allem aber die brutale Unterdrückung der Kommunisten durch den Terror der Nationalsozialisten ihr Verhältnis zur Gewalt geprägt. Als demokratische Formen in der Politik bestimmend wurden, beharrten sie weiter auf inzwischen längst überholten Vorstellungen. Folglich überschätzten die deutschen Kommunisten stets die Rolle der Gewalt; ihre Gewaltbereitschaft zeigte ein gebrochenes Verhältnis zur Demokratie. Nachdem sie über die Macht verfügten, behielten sie diese Ansichten bei. Nun benutzten sie als herrschende Minderheit die Instrumente des Staates zur Verfolgung politischer Gegner, Kritiker, ja selbst nur Andersdenkender. Dies alles kennzeichnete den stalinistischen Kommunismus als ein brutales Gewaltregime.

3. Intoleranz und Verfolgung

Die Kommunisten fühlten sich im Besitz einer absoluten „historischen Wahrheit“, sie hatten danach „immer recht“ und sie behaupteten nach 1945 sogar, zu den „Siegern der Geschichte“ zu gehören. So entstand vielfach ein durch primitives Freund-Feind-Denken sowie Intoleranz charakterisierter autoritärer Typ des kommunistischen Funktionärs. Zu den Merkmalen kommunistischen Verhaltens gehörte das ständige „wachsamer“ Aufspüren von „Feinden“ und die sich daraus ergebenden

²⁸) Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitag der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. 1. bis 1. 2. 1923, Berlin 1923, S. 417.

²⁹) Programm der Kommunistischen Internationale. Angenommen vom VI. Weltkongreß am 1. September 1928 in Moskau, Hamburg-Berlin 1928, S. 36.

²⁷) Der Gründungsparteitag (Anm. 22), S. 296f.

de Verfolgung politischer Gegner, „Abweichler“ und schließlich Andersdenkender. Die geringe Lernfähigkeit führte zur Intoleranz, die oft in Willkür und Repression endete. Das bedeutete schon in der Weimarer Republik Parteiausschluß und Diskriminierung kommunistischer Opponenten, ab 1929 Bekämpfung aller Nichtkommunisten als „Faschisten“. Seit der Machtübertragung 1948 zählten dann Unterdrückung, politische Säuberungen und Verfolgungen zum alltäglichen Instrumentarium des SED-Regimes.

Repressalien waren diesem System immanent, sie sind keineswegs etwa als „Betriebsunfälle“ zu verharmlösen. Die Ideologie des Stalinismus brauchte immer ein Feindbild. Einschüchterung und Angst dienten zwar zur Abschreckung des „Feindes“, waren aber zugleich auch elementare Methoden der Disziplinierung von Anhängern und Funktionären. Damit wuchs den „Säuberungen“ eine zentrale Bedeutung zu. Sie betrafen in erster Linie Gegner des Systems. Für die Entwicklung der SBZ/DDR ist hierbei typisch, daß die Verhaftungen bürgerlicher und vor allem sozialdemokratischer Oppositioneller darauf abzielten, das SED-Regime zu konsolidieren. Aber durch die systematische Hetzjagd sowohl gegen aktive als auch potentielle Gegner sowie flächendeckende Bespitzelung wurde darüber hinaus ein Klima der Angst geschürt. Der willkürliche Terror des Staates gegen nichtkonforme Bürger sollte abschrecken und so verhindern, daß sich dort Opposition artikuliert oder gar sammelte.

Zunehmend gerieten selbst Funktionäre der kommunistischen Hegemonialpartei in die Maschinerie der Repressalien. Anfangs solche, die früher irgendeiner „abweichenden“ Gruppe angehört hatten, dann schon bald „Abweichler“ von der gerade gültigen Parteilinie, und schließlich mußten auch Sündenböcke für Schwächen des Systems herhalten. Die stalinistischen Schauprozesse in Ungarn, Bulgarien und der ČSSR (sowie in der DDR bereits insgeheim vorbereitete Schauprozesse) waren dabei spektakulärste Indizien dieser inerkommunistischen Verfolgungen.

4. Die Ideologie

Das völlig ideologisierte Bewußtsein der deutschen Kommunisten vermittelte Optimismus und gab ihnen Siegesgewißheit („Gesetzmäßigkeit der Geschichte“); es sollte jedoch vor allem ein „richtiges“ Verhältnis zur Macht fördern. Ihr Anspruch, im Besitz absoluter Wahrheit zu sein, sorgte bei der „Avantgarde“ für elitäre Überheblichkeit und verursachte Realitätsverluste. Ihr „Marxismus-Le-

ninismus“ beruhte auf vereinfachten Thesen. Stalins primitive, aber recht einprägsame Aussagen „Über dialektischen und historischen Materialismus“³⁰⁾ wirkten jahrzehntelang als eine Art Pseudoreligion. Auch die politische Theorie war im wesentlichen von Klischees und Dogmen durchdrungen, hatte sie doch vorrangig ideologischer Rechtfertigung zu dienen.

Schon 1932 stellte ein kritischer Beobachter fest: „Kein Anhänger der KPD vermag den Bannkreis seiner Ideologie zu durchbrechen. Als subjektive Idealisten vermögen die KPD-Leute die Welt und die eigene Existenz immer nur durch die traditionellen, vorgefaßten Meinungen, Dogmen und ‚Axiome‘ ihrer Partei zu betrachten... Niemand bildete eine voraussetzungslose marxistische Erkenntnis der Wirklichkeit, immer bildeten dagegen die subjektiven, marxistisch umkleideten Wünsche und Theorien der KPD die Grundlage und den Ausgangspunkt ihres jeweiligen Handelns.“³¹⁾

Die Simplifizierung der kommunistischen Ideen zeigte sich auch im Personellen, im geistigen Niedergang der jeweiligen Führungsgruppen. Von der überragenden marxistischen Theoretikerin Rosa Luxemburg gegründet, befanden sich nach ihrer Ermordung an der Parteispitze zunächst noch theoretisch bedeutsame Köpfe wie Paul Levi, August Thalheimer oder Karl Korsch. Doch im Zuge der Stalinisierung wurde der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann, der Stalin nachplapperte, zum ideologischen „Führer“ der Partei hochstilisiert. Später galten Walter Ulbricht, Erich Honecker oder Leute wie Kurt Hager als theoretische „Koryphäen“ der SED. Es war indes nicht nur der Verlust herausragender Persönlichkeiten, der den programmatischen Niedergang des deutschen Kommunismus signalisierte, sondern die immer weiter verflachenden ideologischen Thesen, die die theoretischen Konzeptionen verdrängten. Gerade die Ausschaltung der Opposition und damit die Unterdrückung theoretischer Auseinandersetzungen führten zur Durchsetzung des geistigen Mittelmaßes bei Parteileitungen und angepaßten Funktionären.

Weil im deutschen Kommunismus selbständiges Denken und Kreativität verschwanden, stärkte der ideologische Glaube die Arroganz der Macht, die freilich mit weitverbreitetem Untertanengeist gekoppelt war. Es wurde den Funktionären ja nicht

³⁰⁾ Die später weit verbreitete Schrift erschien zuerst als Teil der „Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang“, Moskau 1939, S. 126–159.

³¹⁾ Walter Rist, Die innere Krise der KPD, in: Neue Blätter für den Sozialismus, (1932) 3, S. 134.

nur suggeriert, sie seien „Avantgarde“, „Vorhut“ und „Elite“, sondern durch ständige Schulungen und selektive Faktenvermittlung galt es, diese Überheblichkeit und die streng hierarchisch zugewiesenen Privilegien zu stützen. Andauernde ideologische Indoktrinationen sollten ferner keinen Raum für Zweifel, Skrupel oder Skepsis lassen; so blieb als Ausflucht oft nur Zynismus. Die Ideologie diente stets sowohl der Täuschung wie der Selbsttäuschung. Nach 1945 sollte ein im Rahmen des Meinungs- und Medienmonopols der SED hierarchisch zugeteiltes Herrschaftswissen (d. h. je höher eine Funktion, desto breiterer Zugang zu Informationen wurde gewährt) ermöglichen, sich dem „inneren Kreis“ zugehörig zu fühlen, besser als der „Normalbürger“ informiert zu sein, über ihm zu stehen. Für die deutschen Kommunisten blieb ein Axiom: Ihre Führung, im Besitz der historischen Wahrheit, handle stets nach der „Gesetzmäßigkeit der Geschichte“ und deshalb habe die Partei auch „immer recht“. Aus diesem Grund hatte die DDR auch der – parteilichen – Geschichtsschreibung immer große Bedeutung beigegeben, denn diese sollte der Führung die fehlende Legitimation liefern³²).

5. Der Fortschrittsglaube

Die Kommunisten waren insofern vom „Marxismus-Leninismus“ geformt, als sie sich der Durchsetzung des Fortschritts verpflichtet fühlten, sich als linke, progressive Bewegung verstanden. Das brachte ihnen neben radikalem sozialen Engagement in der Weimarer Republik und dem Kampf gegen Hitler zahlreiche Anhänger, deren Werte- und Aktivitäten von der Fortschrittsidee getragen wurden. Das erstaunliche Engagement der Kommunisten für ihre Partei, die Begeisterung, mit der sie sich für „ihre Sache“ einsetzten, sowie die Bereitschaft, Opfer auf sich zu nehmen, wurde vom Fortschrittsglauben gespeist. Stets fühlten sich die Kommunisten einer „verschworenen Gemeinschaft“ zugehörig. Das rührte aus der Tradition der Geheimbünde, aber vor allem aus der Illegalität der KPD 1919–1923 und insbesondere dem Widerstandskampf und Exil nach 1933. Auch entsprechend der russischen „Tradition“ wurde diese Gemeinschaft als etwas Positives gesehen. Damit verband sich zusehends die Meinung, das „Kollektiv“ sei dem Individuum gegenüber vorrangig; die „Partei“ wurde als „Heimat“ empfunden, freiwillige Unterordnung war somit selbstverständlich.

³²) Vgl. dazu Hermann Weber, *Aufbau und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR*, Köln 1991, S. 207 ff.

Der kämpferische Einsatz der KPD für eine „bessere Welt“, ihre Opposition gegen überholte Strukturen der Gesellschaft zeigten sie als eine fortschrittliche Partei. Die Kritik am bestehenden wirtschaftlichen und politischen System war eine „Stärke des deutschen Kommunismus“³³). Doch diese progressive Kraft wurde durch die kommunistische Strategie verspielt. Der Massenanhang, die kraftmeierische Sprache der Parteiführung sowie der Kampfgeist der Funktionäre und Mitglieder ergaben ein schiefes Bild, schufen Täuschung und Selbsttäuschung. Die KPD erwies sich als untauglich, das vorhandene Potential zu einer konstruktiven, fortschrittlichen Alternative zu gestalten; sie verharrte in der Negation. Trotz erheblichen Zulaufs an Mitgliedern und Wählern (ihr höchster Stimmenanteil waren 17 Prozent im November 1932) blieb die KPD letztlich isoliert.

Bei seiner Gründung stand der deutsche Kommunismus noch ganz in der Tradition der freiheitlichen deutschen Arbeiterbewegung, deren programmatische progressive Ziele er sich zu eigen machte: Frieden, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie und Emanzipation des arbeitenden Menschen. Allerdings wurden die Friedensvorstellungen rasch im Sinn der sowjetischen Außenpolitik instrumentalisiert („Krieg dem imperialistischen Krieg“, Verteidigung des „sowjetischen Vaterlandes“). Die Idee der Demokratie wurde durch die Losung von der „Diktatur des Proletariats“ ersetzt, die in Wahrheit Diktatur der Partei bedeutete und im Stalinismus zur totalitären Diktatur der Parteiführung verkam. Vom Ruf nach sozialer Gerechtigkeit blieb später durch Privilegien und neue Ungerechtigkeiten unter dem SED-Regime wenig übrig. Die Forderung nach Emanzipation aller wurde schließlich als „Gleichmacherei“ verpönt. Anstelle früherer Utopien und Ideale trat also vorrangig eine Politik der Nützlichkeit zur Machterringung. Herrschaftssicherung hieß nunmehr das allein erstrebte Ziel, und so war der deutsche Kommunismus spätestens seit den fünfziger Jahren nur noch ideologisch eine progressive Bewegung. Die tatsächlichen reaktionären Züge waren dann wichtige Gründe für seinen Niedergang.

6. Der soziale Impetus

Das traditionelle Streben nach sozialer Gerechtigkeit, nach Überwindung der Klassengesellschaft, das die Kommunisten von der Arbeiterbewegung übernommen und radikal ausgeprägt hatten, trug wesentlich zu ihrem Aufstieg bei. Damit gewannen

³³) S. Neumann (Anm. 26), S. 97.

sie in der Klassengesellschaft der Weimarer Republik eine beachtliche Anhängerschaft und einen stabilen Kern von Funktionären. Ihr soziales Engagement war es, das – trotz aller Wandlung des deutschen Kommunismus – das Parteigerüst zusammenhielt. Die immer wieder gerühmten Aktivitäten der Kommunisten, ihr sprichwörtlicher Einsatz für die Arbeiter im Betrieb oder die Arbeitslosen an den Stempelstellen waren Ausdruck dieser Haltung. Gerade wegen des radikalen sozialen Impetus wurde die KPD für viele „kleine Leute“ mehr als nur eine Partei neben anderen, sie bot ihnen weit mehr als das Gefühl politischer Zusammengehörigkeit.

Ähnlich wie die freiheitliche Arbeiterbewegung im Kaiserreich mit einer Subkultur umgeben war, so besaß auch die KPD ihr eigenes Umfeld. Damit kam es aber auch zu einer Lagermentalität, gerieten die Kommunisten in eine Art Getto-Situation. Nicht zuletzt deshalb wurde ihr Verhalten vorwiegend von internen Problemen der kommunistischen Bewegung geformt. Dies erleichterte der KPD die Disziplinierung ihrer Reihen, denn seit den zwanziger Jahren gab es die Angst, aus der Partei – der „Heimat“ – vertrieben zu werden. Solche emotionalen Bindungen förderten bei den Funktionären – zusätzlich neben materieller Abhängigkeit – die Bereitschaft zur Unterwerfung unter die jeweilige Führung und deren Politik. Andererseits war die Mitgliederfluktuation der KPD sehr groß. Vermutlich waren in den 14 Jahren der Weimarer Republik insgesamt mehr als eine Million Menschen zu irgendeinem Zeitpunkt Mitglied der Partei, obwohl der Höchststand in den Jahren 1921 und 1932 nur bei 350 000 Mitgliedern lag. Der soziale Impetus dürfte entscheidend für den Beitritt sowie bei den bis zu sechs Millionen Wählern für die Zustimmung zur Politik gewesen sein. Bei nicht erfüllten Erwartungen bot er umgekehrt oft auch den Anlaß zum Austritt.

Die kommunistische Ideologie sah zwei zentrale wirtschaftliche Maßnahmen als Voraussetzung einer sozial gerechten Ordnung: Verstaatlichung der Privatwirtschaft und deren zentrale Planung. Als Vorbild für diese Forderungen galt immer eindeutig die Kommandowirtschaft der Sowjetunion. In der Weimarer Republik sahen Millionen Erwerbslose während der Krise in den sowjetischen Fünfjahrplänen, im „Land ohne Arbeitslose“ ein Vorbild. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg war gerade die ineffektiv arbeitende Staatswirtschaft ein Grund des Niedergangs. Dabei hatte die KPD 1945 für Deutschland zunächst eine andere Wirtschaftspolitik proklamiert („Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der

privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“³⁴)).

Nach ihrer Stalinisierung wurde für die SED das sowjetische Wirtschaftsmodell (bis in die Einzelheiten, etwa die Nachahmung der Stachanow-Aktivisten durch die Hennecke-Bewegung) zur allgemeinen Grundlage. Das war neben der ungünstigen Ausgangslage (hohe Reparationsleistungen) der Hauptgrund für das ökonomische Zurückbleiben gegenüber der Marktwirtschaft der Bundesrepublik. Wie in der UdSSR erwiesen sich auch in der DDR die verstaatlichte Wirtschaft und zentralistische Planung einer politischen Diktatur als untauglich, ein effektives Wirtschaftssystem zu betreiben. In der Krise der siebziger Jahre brachte die Stagnation Mißerfolge, und da in der DDR nur noch von der Substanz gezehrt wurde, stand die Wirtschaft und damit das politische Regime in den achtziger Jahren vor einem Desaster. Weder der ideologische Anspruch von der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ noch die scheinbaren sozialen Errungenschaften konnten den Ruin des DDR-Wirtschaftssystems und damit auch das Ende des deutschen Kommunismus aufhalten.

Der soziale Impetus war im Stalinismus verschwunden, der Begriff „realer Sozialismus“ diente der ideologischen Verschleierung der Herrschaftsverhältnisse. In der Geschichte der Arbeiterbewegung bedeutete Sozialismus Emanzipation des Menschen, Selbstbestimmung der arbeitenden Menschen in einer solidarischen Gesellschaft. Dies beinhaltete außer politischer Demokratie und Rechtssicherheit ebenso Freiheitsrechte eines jeden Individuums. Der „reale Sozialismus“ der DDR reduzierte sich in Wahrheit auf die Allmacht der Parteiführung der SED, hatte also mit der Tradition des Sozialismus wenig zu tun. Ebenso diente die Berufung auf die Ideen von Marx der Verschleierung der DDR-Wirklichkeit. Die SED übergang, daß Engels einst – übereinstimmend mit Marx – „auf die Explosivkraft der demokratischen Ideen und den der Menschheit angeborenen Drang nach Freiheit“ verwiesen hatte³⁵).

7. Das Verhältnis zur Macht

Die deutschen Kommunisten begnügten sich keineswegs – wie andere Parteien – mit einer Beteiligung an der Macht; sie beanspruchten aufgrund ihrer Ideologie die absolute Macht und diese dann

³⁴) So hieß es im programmatischen Aufruf der KPD vom Juni 1945. Vgl. Der deutsche Kommunismus. Dokumente, hrsg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln-Berlin 1963, S. 435.

³⁵) Marx/Engels, Werke, Bd. 9, Berlin (Ost) 1960, S. 17.

nicht etwa nur auf Zeit. Zunächst galt, daß sie Macht dazu benötigten, um ein neues politisches und ökonomisches System („Rätediktatur“ und geplante Wirtschaft) zu errichten mit dem Ziel des „Aufbaus des Sozialismus“. Seit der Stalinisierung des deutschen Kommunismus verschwanden die humanistischen Werte, und so erhielt die Machterringung und deren Sicherung eine andere Qualität, wurde zum Selbstzweck. In der Weimarer Republik mißlang den deutschen Kommunisten die Machteroberung nach russischem Vorbild. Doch mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsorgane konnten sie nach 1945 in der SBZ/DDR schrittweise die Herrschaft übernehmen und besaßen schließlich das Machtmonopol.

In der Ideologie wurde die Allmacht der Parteiführung nicht thematisiert, sondern behauptet, die „Arbeiterklasse“ verfüge über die Macht; die Diktatur der SED wurde als „Sozialismus“ umgedeutet. Damit hatte sie auch einen besonderen ethischen Maßstab für die eigene Hegemonie aufgestellt: Sittlich war danach alles, was „zur Errichtung der Grundlagen des Sozialismus beiträgt“ und entsprechend „unsittlich und unmoralisch“ waren alle Versuche, „den sozialistischen Aufbau zu hemmen“³⁶). Die „neue Moral“ zur Sicherung der Herrschaft war allzu simpel – sollte sie doch verschleiern, daß frühere Ideale einer besseren Gesellschaft der Macht geopfert worden waren. Hier gilt die Einschätzung Flechtheims: „Im Gegensatz zum Faschismus wollte der Kommunismus ursprünglich die tradierten autoritären Grundwerte durch ein neues humanistisches Ethos der Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit ersetzen. Als sich jedoch der Kommunismus im Verlauf seiner Entwicklung zum herrschenden Regime institutionalisierte, ohne daß es ihm dabei gelang, ein freiheitlich-egalitäres Gemeinwesen zu schaffen, wuchs die Enttäuschung über die ursprünglichen Ideale und verwandelte sich in eine recht zynische Verehrung von Macht und Erfolg, Effizienz und Ordnung.“³⁷)

Die SED wurde zur Hegemonialpartei, zum Vorrang- und Führungsorgan der DDR. Im Besitz der Macht hatte für sie erstens die Sicherung der Hegemonie – mit stetig wachsendem Führungsanspruch – oberste Priorität; zweitens duldete sie weder Kontrolle noch Teilung der Macht (die Blockparteien waren schon bald zu Mitläuferorganisationen degradiert), und sie wußte erst recht,

ihre legale Ablösung zu verhindern. Ihre seit 1968 in der DDR-Verfassung verankerte „führende Rolle“ „legalisierte“ den Absolutheitsanspruch. Drittens erlaubte sie keine pluralistischen Tendenzen (sämtliche Massenorganisationen fungierten als Befehlsempfänger) und verweigerte innerparteiliche Demokratie: Allein die Parteispitze dirigierte die hierarchisch strukturierte SED. Damit bestimmte sie viertens als uneingeschränktes Führungsorgan nicht nur im Staat, sondern ebenso über das gesamte öffentliche Leben (ja, sie versuchte sogar, sich in die Privatsphäre der Bürger einzumischen).

Zur Sicherung ihrer Macht benutzte die SED grundsätzlich drei Methoden, die bereits in der UdSSR Stalins entwickelt worden waren:

a) *Die Neutralisierung:* „Unpolitische“ Menschen, die weder Gegner noch Anhänger des Systems waren, sollten bei wachsendem Wohlstand und einem Mindestmaß an persönlichem Freiraum „passiv“ bleiben.

b) *Die Indoktrination:* Die Ideologie des „Marxismus-Leninismus“ sollte als Bindeglied der herrschenden Eliten fungieren und durch Bewußtseinsbildung zugleich neue Anhänger gewinnen. Diese Ideologie diente der Führung – neben der Anleitung des politischen und sozialen Handelns – als Rechtfertigungs- und Verschleiерungsinstrument.

c) *Der Terror:* Die Verfolgungen des Staatssicherheitsdienstes und der Justiz richteten sich gegen eine Minderheit, die aktiv eine Änderung des Systems anstrebte. Terror, Willkür und Bespitzelung schufen eine Atmosphäre der Angst, um jede oppositionelle Regung zu verhindern.

8. „Demokratischer Zentralismus“

Das Organisationsprinzip, das die kommunistische Bewegung zusammenhalten und ihre Machteroberung – wie später die Herrschaftssicherung – ermöglichen sollte, war der von Lenin entwickelte „demokratische Zentralismus“. In der Praxis wurden vor allem in der Stalin-Ära die demokratischen Elemente (Wahlen, Rechenschaftspflicht der Führungen, Entscheidung durch Mehrheitsüber Minderheitspositionen) zu Schein-Ritualen; übrig blieb ein bürokratischer Zentralismus. Die von Stalin befohlene Organisationsstruktur hatte die KPD schon früh übernommen, und später ist sie von der SED allen Leitungsebenen und Apparaten oktroyiert worden.

Das kommunistische Herrschaftssystem war durch seinen straffen hierarchischen Aufbau gekenn-

³⁶) So der Sekretär des ZK der SED, Otto Schön, in: Einheit, 10 (1955), S. 988.

³⁷) Ossip K. Flechtheim, Vergangenheit im Zeugenstand der Zukunft, Berlin 1991, S. 311.

zeichnet; alle Befehlsstränge liefen strikt von oben nach unten. Die Machthebel der SED-Führung waren:

a) der eigene Parteiapparat (mit seinen hauptamtlichen Parteifunktionären und ehrenamtlichen Helfern);

b) der Staatsapparat (Regierung, Verwaltung, Wirtschaft, Kultureinrichtungen, Armee, Medien);

c) die Justizorgane und vor allem die politische Polizei (in der DDR das Ministerium für Staatssicherheit), die unmittelbar die Verfolgungsmaßnahmen ausführten;

d) die Massenorganisationen und Blockparteien, die den Auftrag befolgten, als „Transmissionsriemen“ Verbindungen zu allen Bevölkerungskreisen zu halten, sie zu beeinflussen und zu dirigieren.

Der „demokratische Zentralismus“ diente der straffen Anleitung dieser Schaltebel durch die SED-Spitze, bei der alle Fäden zusammenliefen. Außerdem hielt er die Organisation der Führungspartei selbst zusammen.

Für Kommunisten hieß ein entscheidendes Kriterium des „demokratischen Zentralismus“ Parteidisziplin, d. h. ihre willenlose Unterordnung unter die „Linie der Partei“, also der Parteiführung. Die Disziplin war verbunden mit einer Isolierung der Funktionäre, die aus Angst vor der streng verpönten „Fraktionsarbeit“ kritisch-abweichende Gedanken kaum äußerten, geschweige denn zu diskutieren wagten. „Parteidisziplin“ und „Fraktionsverbot“ machten den Zentralismus perfekt. Mit solchen Instrumenten konnte die vergreiste Honecker-Führung noch bis zum Schluß die „monolithische“ Einheit der Partei aufrechterhalten, obwohl seit den Gorbatschowschen Reformen auch bei Funktionären der SED Unsicherheit entstanden war und sogar Unruhe herrschte.

9. Das Faschismus-Trauma

Die verfehlte ultralinke Politik von 1929 bis 1934 und die bitteren Erfahrungen unter der Hitler-Diktatur, deren Terrorherrschaft Tausenden von Kommunisten das Leben kostete, wirkten als „Faschismus-Trauma“ im deutschen Kommunismus weiter. Belastet durch Erinnerungen an eine – uneingestandene – Mitschuld am Sieg des Nationalsozialismus und bestimmt vom Willen zur Verhinderung einer neuen „faschistischen“ Unterdrückung der Kommunisten hat dieses Trauma die Entscheidungen der SED-Führung nach 1946 maßgeblich beeinflusst. Obwohl inzwischen eine ganz

neue Generation herangewachsen war, behandelte die Führung die Bürger der DDR auch in den siebziger und achtziger Jahren so, als ob sie in ihrer Mehrheit den „befohlenen“ Antifaschismus gefährdeten. Auch aus diesem Mißtrauen gegenüber großen Bevölkerungsteilen ist der flächendeckende Überwachungsstaat erklärbar.

Dies hat jedoch nichts mit der Bedeutung des kommunistischen Widerstandskampfes gegen die NS-Diktatur zu tun. Die Zeit 1933 bis 1945 war eine heroische Phase der Geschichte des deutschen Kommunismus – trotz aller Schwächen und Fehler. Die Tragödie der kommunistischen Widerstandskämpfer bestand darin, daß sie mutig gegen den faschistischen Terror kämpften, zugleich aber einer Bewegung angehörten, die selbst auf die alleinige Macht, die Diktatur ihrer Partei, abzielte und völlig von der Sowjetunion abhängig war, die also letztlich keine demokratische Alternative zur Hitler-Diktatur bilden konnte. Doch diese politische Bewertung der KPD kann die moralische Würdigung der kommunistischen Widerstandskämpfer nicht schmälern. Der kommunistische Widerstand gehört als legitimer Teil zur deutschen Widerstandsbewegung gegen das Nazi-Regime.

10. Der Stalinismus

Er blieb die entscheidende Kategorie für den Kommunismus in Deutschland. Die Stalinisierung des deutschen Kommunismus brachte außer der Einschwörung auf die UdSSR – die Idealisierung der Sowjetunion und Stalins – die Übernahme der dortigen Methoden von Verfolgungen und „Säuberungen“ und formte schließlich den erwähnten Typ des der Parteiführung ergebenen deutschen Kommunisten. Der Stalinismus im allgemeinen Sinne³⁸⁾ war ein gesellschaftspolitisches System, die Diktatur der allmächtigen Parteiführung, die mit Hilfe der politischen Polizei regierte. Insbesondere mit den „Säuberungen“ der dreißiger Jahre in der Sowjetunion hatten sich dann die beiden krassen Merkmale des Stalinismus im engeren, speziellen Sinne herausgebildet: Erstens die Willkürherrschaft, gekennzeichnet durch völlige Rechtsunsicherheit. Die despotische Gewalt war in der Realität weder durch Institutionen beschränkt noch von unten kontrollierbar. Als wesentliche Machtinstrumente dienten die Geheimpolizei und blutige „Säuberungen“. Zweitens gehörte zum Absolutismus Stalins ein byzantinistischer Kult um seine Person, der seine Übermacht widerspiegelte.

³⁸⁾ Vgl. H. Weber (Anm. 32), S. 64ff.

Dieses Herrschaftssystem wurde nach 1945 auf die osteuropäischen Länder und auch auf die SBZ bzw. DDR übertragen. Erst nach Stalins Tod, insbesondere nach den Enthüllungen seiner Verbrechen auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, begannen kommunistische Parteien schrittweise und mehr oder weniger intensiv, durch eine „Entstalinisierung“ sowohl den Personenkult als auch das Willkürregime, also den speziellen Stalinismus, zu überwinden. Weitgehend unberührt davon blieb indes die Grundlage des Terrors, die Machtkonzentration bei der Hegemonialpartei. Die charakteristischen Merkmale des Stalinismus beherrschten das gesellschaftspolitische Leben auch in der DDR und wurden nie grundsätzlich in Frage gestellt:

- a) Das ideologische Dogma: „Die Partei hat immer recht“.
- b) Die Organisationsstruktur des hierarchischen „demokratischen Zentralismus“.
- c) Das Prinzip der Kaderpolitik mit der „Nomenklatur“.
- d) Das Erziehungs-, Informations- und Organisationsmonopol von Partei und Staat.

Waren die deutschen Kommunisten seit den zwanziger Jahren durch die Komintern ganz auf die Sowjetunion eingeschworen, so hatten sie mit „deutscher Gründlichkeit“ schon früh den sowjetischen Stalinismus kopiert. Welche „typisch deutschen“ Eigenschaften den Stalinismus in der DDR noch verschärfen, ist vorläufig nur anzudeuten: die „ordentliche“, preußisch-straffe Organisation; ein oft „tierischer“ Ernst; vor allem die bürokratische Handhabung stalinistischer Mechanismen. Charakteristisch waren Untertanenmentalität mit „strammstehen“, freiwillige Einordnung und prompte Ausführung der einmal gegebenen Befehle. Erwähnt sei auch die allzu große Bereitwilligkeit vieler Intellektueller, dem System unkritisch zu dienen und dabei offensichtliche demokratische Defizite zu ignorieren. Fehlende Konfliktbereitschaft und mangelnde Zivilcourage waren auffällig zumindest im Vergleich zu den Verhältnissen in Polen oder in einigen anderen kommunistisch regierten Ländern. Deshalb gehen Versuche, für den Verlauf der Entwicklung in der DDR allein „die Russen“ verantwortlich zu machen, völlig an der Realität vorbei.

Es waren vielmehr die vielfältigen Strukturdefekte des deutschen Kommunismus, die zu seinem Untergang führten. Seine Politik läßt nur geringe

Lernfähigkeit erkennen. Programmatik, Strategie, aber auch seine Organisationsstrukturen entsprachen nicht den aktuellen Notwendigkeiten, sondern waren oft überholt und veraltet. Die Form der „absolutistischen Integrationspartei“ (Sigmund Neumann) hatte sich bereits am Ende der Weimarer Republik überlebt, erst recht nach 1945. Ihre Strategie des „Hauptstoßes“ gegen die Sozialdemokratie hatte die KPD von der Anfangsphase 1919–1923 bis zur Schlußphase 1929–1933 weitergeschleppt; den ab 1930 notwendigen „Kampf gegen Hitler“ machte die KPD erst 1935 zur zentralen Losung. Radikalismus und Gewalttätigkeit wurden ebenso wie die Idee des „Bürgerkrieges“ von den Anfängen Weimars auf die Zeit nach 1945 übertragen. Die ideologische Überzeugungsarbeit blieb bei den Praktiken der zwanziger Jahre stehen. Zentralismus und Monopolherrschaft – längst überholt – existierten bis zum Schluß.

Maßgebend blieb das Verhältnis zur UdSSR. Die deutschen Kommunisten waren Internationalisten; ihre Organisation war als Gegenbewegung zum Chauvinismus in und nach dem Ersten Weltkrieg entstanden. Doch die frühe Identifizierung mit der russischen Revolution und die daraus erwachsene Rußlandgläubigkeit führte dann vor allem in der Stalin-Ära dazu, daß der Internationalismus als Unterordnung unter der Sowjetunion und den Stalinismus instrumentalisiert wurde. Der historische Aufstieg des deutschen Kommunismus war weitgehend von der Unterstützung der Sowjetunion abhängig. Dies traf noch mehr zu für seine Herrschaft in der DDR. Als diese 1989 wegfiel, kam es nicht nur zu seinem Niedergang, sondern zum Zusammenbruch.

Die Diktatur der SED, der hierarchische Aufbau nach dem Organisationsprinzip des „demokratischen Zentralismus“, der krasse Widerspruch zwischen Theorie und Praxis erwiesen sich als Strukturfehler des Systems. Das Fehlen von politischer Demokratie, von Rechtssicherheit und Meinungsfreiheit sowie die Bevormundung, ja Entmündigung der Bevölkerung bei ständigem Gegensatz zwischen Anspruch und Wirklichkeit verhinderten nicht nur einen Konsens zwischen Regierten und Regierenden, sondern verunsicherten zunehmend sogar die kommunistischen Funktionäre selbst. Auch die in den sechziger Jahren weltweiten ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Krisen vermochte die DDR mit den SED-Mechanismen nicht zu bewältigen. Der Zusammenbruch war somit eine Folge der eigenen Strukturdefekte und der aktuellen politischen Situation.

Klaus Tenfelde: 1914 bis 1990 – Einheit der Epoche

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/91, S. 3–11

Die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa während der Jahre 1989–1991 veranlassen zu einer grundlegenden Neubewertung des sozial-, politik- und zeitgeschichtlichen Epochenverständnisses im 20. Jahrhundert. Mehr und mehr erscheinen die Zäsuren des Ersten und Zweiten Weltkrieges, der Revolution von 1918/19 und der Machtergreifung als so tiefgreifende wie letztlich periphere Einschnitte im Lichte umfassenderer Prozesse: eines schmerzhaften, auf Kosten von Millionen Schicksalen und ganzer Völker durchschrittenen Weges der Deutschen zur Demokratie westlicher Muster auf der einen, der weltpolitischen Auseinandersetzung grundsätzlich verschiedener wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Systeme bis hin zu den jüngsten Entscheidungen und Umbrüchen auf der anderen Seite.

In einer noch umfassenderen Deutung hat sich durch die jüngsten Ereignisse in Deutschland, Osteuropa und der Sowjetunion die spezifische Ungleichzeitigkeit aufgehoben, die in der europäischen Staatenwelt mit der Herausbildung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert verbunden gewesen ist. Dabei mußten viele der semi-autoritären, konstitutionellen Staaten einen überaus desorientierenden, schmerzhaften Umweg über ihre jeweiligen Faschismen machen, während der zaristische Autokratismus zu seiner Selbstüberwindung die längste Zeit benötigte.

Heinrich August Winkler: Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/91, S. 12–24

Die Erfahrung des Nationalsozialismus hat den deutschen Nationalismus historisch „entlegitimiert“ (M. R. Lepsius). In der Ära Adenauer betrieb – in Umkehrung traditioneller Frontstellungen – die rechte Mitte eine Politik der überregionalen Integration, während die sozialdemokratische Opposition den Vorrang der Wiedervereinigung verfocht und damit den nationalen Part in der bundesdeutschen Politik übernahm. Seit den späten sechziger Jahren verlor die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates an Gewicht gegenüber dem Ziel, die Einheit der Nation durch ein Mehr an Kommunikation aufrechtzuerhalten.

Während sich im Westen Deutschlands ein bundesdeutscher Verfassungspatriotismus entwickelte, gab es in der DDR zu keiner Zeit eine vergleichbare Identifikation mit dem politischen System. Solidarität mit den Deutschen, die nach 1945 die Hauptlast der deutschen Geschichte zu tragen hatten, war das stärkste Argument, das dafür sprach, am Begriff der einen deutschen Nation festzuhalten. Nach der Herstellung der staatlichen Einheit hängt das Gelingen des staatlichen Einigungsprozesses davon ab, inwieweit diese Solidarität die politische Praxis bestimmt.

Hermann Weber: Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/91, S. 25–39

Der deutsche Kommunismus bezog in der Weimarer Republik seine Stärke nicht zuletzt aus den Schwächen der ersten deutschen Demokratie, vor allem auf sozialem Feld. Die über die Revolution und dann über die Republik enttäuschten Arbeiter bildeten die Basis des deutschen Kommunismus. Krisen, Arbeitslosigkeit und Hunger führten ihm immer wieder hoffnungslose Massen zu. Ihre Ausgrenzung aus der Gesellschaft förderte den Radikalismus, die Gewaltbereitschaft und die Intoleranz bei den Kommunisten. Die blutige Unterdrückung im NS-Unrechtssystem hat diese Tendenzen noch verstärkt.

Nach 1945 erfolgte ein neuer Aufschwung: den Kommunisten und dann der SED wurde nicht nur soziale Kompetenz zugestanden, ihr Antifaschismus und das Bekenntnis zur Demokratie brachten zunächst Massenzulauf. Doch schon bald entstand aus der raschen Stalinisierung von SED und DDR ein Dissens zwischen Hegemonialpartei und der Mehrheit der Bevölkerung. Das Machtmonopol und die skrupellose Art der Machtausübung des deutschen Kommunismus in der DDR (die abschreckten und so zugleich den Kommunismus in der Bundesrepublik zur Sekte degradierten), waren verantwortlich für den Niedergang. Da die SED weder Demokratie noch Freiheiten zuließ, fehlten dort der Gesellschaft die notwendigen Innovationen, der Untergang war vorprogrammiert. Die Herrschaft des deutschen Kommunismus, von der Sowjetunion im Kalten Krieg geborgt, ging in der DDR mit dem Kalten Krieg zu Ende.